

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 234 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 7/2014 VOM 1. JULI 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Ortsteilbeauftragte als Alternative**  
Gesetz widerspricht der Wirklichkeit

8/9 | **Vielfalt, Einfalt und Gedanken zur Linkspartei**  
Meinungen zur Kommunalwahl

12 | **Parteien contra Grundgesetz**  
Nach den Wahlen

## Wahlfälschung in Eberswalde?

Am 17. Juli muß die Stadtverordnetenversammlung in einer eigens anberaumten zusätzlichen Sitzung voraussichtlich unter anderem über einen Wahleinspruch zur Stadtverordnetenwahl am 25. Mai befinden. Im Wahlbezirk 19 im Brandenburgischen Viertel waren falsche Wahlzettel ausgegeben worden.

Aufgefallen war das, weil ein Kandidat der SPD, der in dem Wahlbezirk wohnt und dort kandidierte, als er sich selber wählen wollte, verdutzt feststellte, daß er gar nicht auf dem Wahlzettel stand. Die mit falschen Wahlzettel abgegebenen Stimmen wurden daraufhin für ungültig erklärt. Im Wahlbezirk 19 gab es insgesamt 104 ungültige Stimmen – was immerhin 18,6 % der abgegebenen Stimmen ausmacht. Mindestens 84 dieser ungültigen Stimmen gehen auf die falschen Stimmzettel zurück. Besagter SPD-Kandidat verfehlte den Einzugs ins Stadtparlament um gerademal 42 Stimmen.

Zur Wahl der Stadtverordneten am 25. Mai gab es aber auch in anderen Wahllokalen im Brandenburgischen Viertel einen vergleichsweise hohen Anteil an ungültigen Stimmen: 12,4 % in der Sporthalle Am Heidewald, 8,6 % im Evangelischen Gemeindezentrum und 8,0 % in der Aula der Grundschule Schwärzensee. Das legt den Verdacht nahe, daß auch hier zunächst falsche Wahlzettel ausgegeben wurden.

Wieso konzentrieren sich diese Abweichungen auf das Brandenburgische Viertel? War es nur Schlamperei? Stutzig macht auch der Umstand, daß es für die BBP-Redaktion im Vergleich zu 2008 relativ schwierig war, an die Wahlstatistiken zu kommen. 2008 funktionierte der kurze Weg über den zuständigen Sachbearbeiter. Diesmal verwies selbiger auf seine Vorgesetzten. Seltsamerweise fehlten in den schließlich übermittelten Daten ausgerechnet die Angaben zu den ungültigen Stimmzetteln. Die hier angegebenen Anteile der ungültigen Stimmen mußten deshalb auf Umwegen rechnerisch ermittelt werden.

Der Fehler im Wahllokal 19 fiel dem SPD-Kandidaten auf. Als Ziel einer möglichen Manipulation kommt die SPD allerdings kaum in Frage, wenn sich die Fehler auf das Brandenburgische Viertel konzentrieren. Hier ist das Stammgebiet der Alternativen Liste Eberswalde (ALE) mit ihrem Spitzenkandidaten Carsten Zinn. Falls tatsächlich Manipulationsabsichten im Spiel gewesen sein sollten – was im Nachhinein

kaum nachweisbar sein dürfte – dann käme die ALE am ehesten als Ziel in Betracht, zumal der verantwortliche Dezernent Bellay Gatzlaff seit mehreren Monaten eine Art Privatfehde mit ALE-Vertretern ausficht. Dennoch dürfte bei aller Logik in der Indizienkette die Wahrscheinlichkeit, daß diese »Verschwörungstheorie« der Realität entspricht, unter 30 % liegen.

Wahrscheinliche Ursache der Pannen dürfte vielmehr ein Mangel an Schulungen für die Wahlhelfer sein, die teilweise von den auf sie zukommenden Anforderungen völlig überfordert waren. Im Zweifelsfall wurden so Stimmen einfach für ungültig erklärt, statt sich um eine Klärung des Einzelfalls zu bemühen. Daß mit der Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl zusätzliche Anforderungen entstehen, hat die Führungsebene im Rathaus offensichtlich schlicht unterschätzt. Der Verwaltungsdezernent versendet seit längerem indirekte Signale, daß er überfordert ist und Hilfe braucht, was vom Bürgermeister entweder nicht bemerkt oder ignoriert wird.

Hier ist also kaum von bewußter Wahlfälschung auszugehen. Die Folgen sind dennoch erheblich. Allein die betroffenen Stimmen im Wahlkreis 19 könnten zu einer anderen Verteilung der Stadtverordnetensitze führen. Es ist nicht auszuschließen, daß gerade unter den 84 für ungültig erklärten Stimmen jene 42 waren, die dem SPD-Kandidaten für die Erlangung seines Mandates fehlten. Die SPD hätte dann 8 Mandate wie DIE LINKE, während die Bündnisgrünen eines ihrer drei Mandat abgeben müßten.

Zu überprüfen wären aber mindestens auch die Wahlergebnisse drei weiterer Wahlbezirke im Brandenburgischen Viertel. Möglicherweise muß die Wahl in allen betroffenen Wahlbezirken wiederholt werden. Favorisiert dafür ist der Termin der Landtags- und Bürgermeisterwahl am 14. September.

GERD MARKMANN

## Emanzipation

*Dieser bedeutsame Begriff wird zu Unrecht wenig und in seiner weiblichen Form zuweilen auch herablassend gebraucht. Emanzipation beschreibt das elementare menschliche Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Selbstbefreiung von seelischer, ökonomischer und organisatorischer Abhängigkeit.*

*Selbstbewußte und unabhängige Menschen kennen ihre Schwächen und können sich auf ihre Stärken verlassen. Sie denken öfter nach bevor sie handeln, vertrauen anderen Menschen und wollen ihre Angelegenheiten so weit wie möglich selbst regeln. Emanzipierte Menschen sind fest in stabilen Gesellschaften eingebunden und achten auf die Bedürfnisse ihrer selbstbewußten Mitmenschen.*

*Selbstbestimmtem Handeln stehen Angst, Unsicherheit, Unvermögen und Selbstbetrug entgegen. Bestrebungen anderer Menschen und mächtiger Organisationen, die ihre Berechtigung gerade aus der Unselbstständigkeit anderer herleiten und scheinbar Sicherheit versprechen, behindern Emanzipation.*

*Die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben steigen mit dem Reichtum der Gesellschaften. Maschinen übernehmen schwere Arbeiten. Phänomene lassen sich wissenschaftlich erklären und die Menschen haben Zeit, auf sich und andere zu achten.*

*Eine direkte Übersetzung des Begriffes gibt es in der deutschen Sprache nicht. Das mag mit dem Wandel seiner Bedeutung vom Altertum, als die Gewährung der Mündigkeit des Sohnes durch den Vater gemeint war, zu neuzeitlichen Aktionen der Selbstbefreiung diskriminierter Gruppen und seinem vielfältigen Gebrauch in politischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang stehen. Vielleicht liegt das auch daran, daß wir Deutsche traditionell gerne auf Ordnung achten und positiv auf Regeln und Obrigkeit reagieren. Während andere Völkerschaften wesentliche emanzipatorische Erfolge selbst erkämpften, hat man uns diese teilweise gebracht. Der Aufschwung vom Herbst 1989 währte nur einen Augenblick.*

*Nunmehr ist auch in Deutschland politische und persönliche Emanzipation ein zentrales gesellschaftliches Ziel. Man wird durch Gesetz mündig und auf Diskriminierung stehen so hohe Strafen, daß sich manche Leute fast die Zunge verklemmen, wenn sie Zugereiste ansprechen. Mündige und selbstbestimmte Menschen sind selbst verantwortlich für ihr Handeln. In einer komplexeren Welt mit ihren vielfältigen Möglichkeiten sind mehr bewußte Entscheidungen zu fällen. Andererseits möchte man Sicherheit haben und unterwirft sich gerne einer höheren Macht, die genau das verspricht. Deshalb bleibt persönliche und politische Emanzipation weiterhin ein Thema, dem wir uns zukünftig mehr widmen wollen. Denn soviel Zeit muß sein.*

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

## Geschäftsordnung wurde vertagt

**Eberswalde (bbp).** Die Stadtverwaltung hat den neuen Stadtverordneten zu ihrer ersten Sitzung neben allerhand mit der Konstituierung verbundenen Pflichtaufgaben, auch einen Beschlusentwurf über eine geänderte Geschäftsordnung auf den Tisch gelegt. Ähnlich hatte die Verwaltung schon vor 6 Jahren agiert (vgl. »Erste Sitzung, erste Enttäuschung« in BBP 11/2008) und damit nicht zuletzt eine fast fünfeinhalbstündige Mammut Sitzung provoziert. Die »Innovation«, wichtige Grundsatzdokumente nebenbei auf der ersten Sitzung abstimmen zu lassen, hatte Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) eingeführt. Seine unter dem Vorwurf fehlenden Demokratieverständnisses aus dem Rathaus geworfenen Vorgänger hatten dieses Verfahren nicht praktiziert.

Die Geschäftsordnung ist eine wichtige Handlungsgrundlage für die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung. Hier werden Rechte

und Pflichten konkretisiert, die in den Gesetzen eher allgemein formuliert sind. Diese können weit gefaßt werden, aber auch sehr eng ausgelegt werden. Insoweit hat so eine Geschäftsordnung erheblichen Einfluß darauf, wie die Stadtverordneten später agieren können.

Diesmal wollten sich die Stadtverordneten nicht darauf einlassen, neue Regelungen der Geschäftsordnung so zwischen Tür und Angel abzunicken. Die Bildung der Fraktionen und nicht zuletzt auch die zahlreichen Formalien der Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung ließ den meisten keine Zeit, sich eingehender mit der Geschäftsordnung zu befassen. Auf Vorschlag von Otto Baaz von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BdE/AfW) beschlossen die Stadtverordneten, die Behandlung der Vorlage auf später zu vertagen und vorläufig nach der vorliegenden Geschäftsordnung zu verfahren.

## Höhere Wahlbeteiligung in einem Ortsteil

**Eberswalde (bbp).** Wie erwartet hat zur Ortsvorsteher-Stichwahl am 15. Juni in keinem Ortsteil einer der Bewerber das Quorum geschafft, da sogar die Wahlbeteiligung deutlich unter 15 % lag. In allen Ortsteilen – außer einem – lag die Wahlbeteiligung auch deutlich unter der des zweiten Wahlganges im Jahr 2008.

Die Ausnahme ist das Brandenburgische Viertel. Hier stieg die Wahlbeteiligung gegenüber 2008 von 10,6 % auf 10,8 %. Dafür sorgte das über dem Durchschnitt liegende Ergebnis des Kandidaten der ALTERNATIVEN LISTE EBERSWALDE Carsten Zinn. Mit 400 Stimmen (73,7 %) distanzierte er seinen Mitbewerber Hans-Jürgen Müller von den LINKEN deutlich, der auf 143 Stimmen (26,3 %) kam.

Mit diesen 400 Stimmen erreichte Carsten Zinn 80,2 % seines Ergebnisses im ersten Wahl-

gang. Alle anderen Bewerber um ein Ortsvorsteheramt aktivierten in der Stichwahl deutlich weniger ihrer Wähler. Am nächsten kam noch Reinhard Fischer (CDU) in Finow, der 66,9 % seines Ergebnisses vom 25.5. erreichte. Die Drittplatzierte, Karen Oehler im Ortsteil Eberswalde 1, erreichte 59,7 %, Wolfgang Sachse in Eberswalde 2 nur 50,7 %. Damit blieb er hinter Frank Banaskiewicz, dem Zweiten in Eberswalde 1, für den 52,8 % der Wähler des ersten Wahlganges votierten.

Die anderen in der Stichwahl unterlegenen Kandidaten kamen in Finow mit Karl-Dietrich Brückner (DIE LINKE) auf 45,2 %, in Eberswalde 2 mit Winfried Bohn (CDU) auf 42,6 % und im Brandenburgischen Viertel mit Hans-Joachim Müller (DIE LINKE) auf 40,3 % der Stimmen des ersten Wahlganges am 25. Mai.

## Aus für regionale Arbeitsmarktförderung

Programm »Regionalbudget V« läuft aus

**Eberswalde (prest-bar).** Künftig wird es keine regional bestimmte Arbeitsförderung im Landkreis Barnim mehr geben. Das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg geförderte Programm »Regionalbudget V« soll nicht fortgesetzt werden.

»Wir nehmen das mit Bedauern zur Kenntnis«, so Barnims Wirtschaftsdezernent Carsten Bockhardt. »Da der Landkreis mit der Umsetzung des Regionalbudgets viele regionale Entwicklungsprozesse voranbrachte, wird der Abbruch dieses Prozesses wegen zurückgehender EU-Mittel deutlich spürbar werden.«

Bereits am 30. April endeten die letzten 15 Projekte aus der fünften Förderphase des Regionalbudgets (RB V). Auch in dieser Förderphase hatten arbeitssuchende Bürger wieder die Möglichkeit, in der hiesigen Wirtschaft ak-

tiv mitzuwirken und so den Weg zurück ins Arbeitsleben zu finden.

Die zwischen dem Landkreis Barnim und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien (MASF) abgeschlossene Zielvereinbarung ermöglichte es, insgesamt 1.149 Personen zu fördern. Der qualifizierten Projektauswahl durch einen Beirat und dem Projektmanagement des Landkreises Barnim sowie den Projektträgern ist es zu verdanken, daß fast 15 Prozent der Teilnehmenden in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung beziehungsweise Ausbildung vermittelt werden konnten. Aber auch eine Vielzahl von Übergängen in geringfügige oder öffentlich geförderte Beschäftigungen, ins Ehrenamt oder die Aufnahme einer Fort- und Weiterbildung zählen zu den guten Ergebnissen des RB V.

Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

## Kritik am Netzentwicklungsplan 2014

Seit der Verabschiedung des Netzausbaugesetzes (NaBeG) und der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Jahr 2011 legen die Netzbetreiber alljährlich einen Netzentwicklungsplan (NEP) vor, der öffentlich konsultiert und schließlich von der Bundesnetzagentur als Bundesbedarfsplan festgestellt wird. Dieser wiederum bildet die Grundlage für das vom Parlament alle drei Jahre zu verabschiedende Bundesbedarfsplangesetz.

2012 wurde der erste Netzentwicklungsplan von den vier Übertragungsnetzbetreibern (50 Hertz, Tennet, Amprion und TransnetBW) vorgelegt. Die BÜRGERINITIATIVE: BIOSPHÄRE UNTER STROM – KEINE FREILEITUNG DURCHS RESERVAT! hat sich 2012 mit einer grundlegenden Kritik der vorgelegten Planung und des Verfahrens an der Diskussion beteiligt.

Im Rahmen der öffentlichen Konsultation des NEP 2014 hat sich die Bürgerinitiative wieder mit der Netzausbauplanung befaßt. Auch der NEP 2014 ist trotz gewisser Modifikationen wegen eines überdimensionierten Netzausbaus abzulehnen.

1 Die von den Übertragungsnetzbetreibern vorgelegte Planung des Netzausbaus ist von Anfang an durch die konzeptionelle Verengung der Netzplanung auf die Konservierung zentralistischer Strukturen geprägt. Folglich ist die Ausblendung des den erneuerbaren Energien eigenen Potentials zum dezentralen Strukturwandel die zentrale Schwäche des NEP 2014.

2 Der von den Übertragungsnetzbetreibern 2014 vorgelegte Netzentwicklungsplan besteht wie seine Vorgänger aus Elementen, die in der von den Netzbetreibern selbst vor vier Jahren veröffentlichten DENA-Netzstudie II als zu kostspielig verworfen worden sind. Während in der DENA Netzstudie II aus dem Jahr 2010 die Kosten des Netzausbaus mit 9,7 Mrd. Euro beziffert werden, legen die Netzbetreiber jetzt eine Planung vor, die diese Kosten um mehr als das Doppelte übersteigt (22-24 Mrd. Euro).

3 Das Startnetz (Zubau von 380kV-Leitungen in 600 km neuen Trassen und 900 km in bestehenden Trassen) setzt die Realisierung aktuell höchst umstrittener Freileitungsprojekte (z.B. »Uckermarkleitung«) voraus und ignoriert die Kritik an diesen Planungen.

4 Der Einsatz von vier Hochspannungsgleichstromübertragungssystemen, der seinerzeit von der DERA II-Studie verworfen worden

war, sollte dazu führen, daß der Netzausbaubedarf im 380-kV-Drehstromsystem vermindert werden kann. Dies ist im NEP 2014 nur sehr geringfügig (500 km) vorgesehen.

Maßnahme	DENA II	NEP 2014
Neubau Freileitungen	3.600	1.300
Aufrüstung Freileitungen	---	1.800
Gleichstromtrassen	---	2.100
Summe	3.600	5.200

5 Stattdessen präsentieren die Übertragungsnetzbetreiber ein Konzept überdimensionierten Netzausbaus, dessen Auswirkungen auf die Umwelt nicht thematisiert werden. Umweltverträglichkeit von großen Infrastrukturprojekten ist immer zweifelhaft. Sie ist im Interesse der Allgemeinheit stets nachzuweisen.

6 Ein mittelfristig angelegter Netzentwicklungsplan sollte auch Impulse für innovative technische Lösungen vermitteln und für neue Lösungen offen und damit zukunftsfähig sein. Davon kann auch beim NEP 2014 keine Rede sein.

Die BÜRGERINITIATIVE: BIOSPHÄRE UNTER STROM – KEINE FREILEITUNG DURCHS RESERVAT! hält deshalb an ihrer mit Blick auf den NEP 2012 formulierten Kritik an der Netzplanung fest, denn der NEP 2014 ist trotz einiger Modifikationen in seinen Grundzügen nur die Fortschreibung seiner Vorgänger:

Dieser überdimensionierte Netzausbau ist weder wirtschaftlich vertretbar, noch umweltverträglich und verstößt damit gegen zwei wichtige Prinzipien, die erfüllt sein müssen, wenn ein Leitungsbau genehmigungsfähig sein soll.

Die BÜRGERINITIATIVE lehnt daher den NEP 2014 in seiner Gesamtheit ab. Sie kann der Bundesnetzagentur nur empfehlen, den NEP 2014 zu verwerfen und damit dem Gesetzgeber die Chance zu geben, die Konstruktion eines zukunftsfähigen Bundesnetzplanes in unabhängige Hände zu legen.

HARTMUT LINDNER

## Wildkräutern auf der Spur

**Klosterdorf (ökolea).** Im Seminarhaus ÖkoLeA in Klosterdorf bei Strausberg findet am Sonntag, den 13. Juli, ein Wildkräuter-Seminar statt. Das Seminar beginnt um 11 Uhr und dauert bis 15.30 Uhr. Nähere Informationen finden sich auf der ÖkoLeA-Internetseite [www.seminarhaus.oekolea.de](http://www.seminarhaus.oekolea.de). Das Seminar kostet 18 Euro (ermäßigt 10,50 Euro) zuzüglich 5 Euro Unkostenbeitrag für das selbst zubereitete Menü. An fortlaufenden Kursen bietet das

Seminarhaus jeden Mittwoch und Donnerstag von 19.30 - 21.30 Uhr »Aikido – friedfertige Kampfkunst« (Anmeldung unter 01520/9243930) sowie ab 7. Juli immer montags 18 Uhr »Yoga für Schwangere« (Teilnahmebeitrag 8 Euro), und ab 19.30 Uhr »Yoga für jedermann/frau« (Teilnahmebeitrag 9 €). Eine Anmeldung für die Yoga-Stunden unter 0172/6083391 erbeten. Ausführlichere Informationen unter [www.seminarhaus.oekolea.de](http://www.seminarhaus.oekolea.de).

## Verkehrschao bleibt aus



Die Verkehrsplaner des Landesstraßenamtes und des Eberswalder Rathauses geben sich redlich Mühe, die Eberswalder Verkehrsadern möglichst zuverlässig zu verstopfen. Da werden neben der Hauptbaustelle in der Eisenbahnstraße zeitgleich auch diverse Schleichwege gesperrt, wie z.B. die Schickler- und die Mühsamstraße, es werden intelligente Ampelanlagen installiert, um die »rote Welle« abzusichern und Notampeln aufgestellt, die möglichst lange Rotphasen aufweisen, wie in der Brunnenstraße. Dennoch gelingt das Verkehrschao nur zeitweise, wenn das Überraschungsmoment genutzt wird, wie bei der Sperrung der Volksbank-Kreuzung oder während der ärgsten Rush-Hour. Nicht, daß da noch jemand auf die Idee käme, die Umgehung der B167-neu wäre gar nicht nötig...

G.M.



## Neue Ortsteile

**Bernau (prest-ber/bbp).** Seit dem 4. Juni hat die Stadt Bernau drei neue Ortsteile: Birkenhöhe, Birkholz und Birkholzaue. Mit der an diesem Tag in Kraft getretenen geänderten Hauptsatzung erhielten die bisherigen drei Stadtteile den Status von Ortsteilen. Damit hat die 37.000-Einwohner-Stadt jetzt sieben Ortsteile. In den vier »alten« Ortsteilen Börnicke, Ladeburg, Lobetal und Schönow wurden am 25. Mai die Ortsbeiräte gewählt. Auch die Einwohner der neuen Ortsteile können ihre Interessenvertretungen wählen. Die Birkholzer haben dazu in einer Bürgerversammlung am 5. Juli die Gelegenheit. Die Einwohner von Birkenhöhe und Birkholzaue wählen ihre Ortsbeiräte am 14. September. Neben den Landtagswahlen findet an diesem Tag auch die Neuwahl des Bernauer Bürgermeisters statt. Das bisherige Stadtoberhaupt, Hubert Handke (CDU), war am 30. März 2014 von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt worden.

## »90 Prozent erreicht«

**Eberswalde (bbp).** Mit einem positiven Resümee blickt Carsten Zinn, der Fraktionsvorsitzende des Alternativen Wählerbündnisses Eberswalde, auf die konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 19. Juni zurück. »Wir haben 90 Prozent unserer Anliegen umsetzen können. Die bisherigen Ausschüsse wird es weitergeben und alle Ausschüsse, einschließlich des Hauptausschusses, werden 10 Mitglieder haben, so daß alle Fraktionen einen Vertreter entsenden können.« Ausnahme hierbei ist lediglich der Rechnungsprüfungsausschuß mit 4 Mitgliedern, der aber auch nur zwei- oder dreimal im Jahr tagt. »Auch mit unserem Vorschlag«, so Zinn weiter, »den Finanzausschuß um weitere Aufgaben zu bereichern, stießen wir teilweise auf Zuspruch der anderen Fraktionen. Den Vorschlag, neben den Finanzen auch die Wirtschaftsentwicklung in den Fokus zu nehmen, wurde vor allem von der CDU unterstützt.« Das Alternative Wählerbündnis hatte zusätzlich vorgeschlagen, die Personalentwicklung in der Stadtverwaltung als Aufgabe aufzunehmen, was sich auch im Ausschußnamen widerspiegeln sollte. »Wir haben letztlich auch bei den anderen Ausschüssen nicht auf unsere Namensvorschläge bestanden, um keine ausufernde Namensdiskussion zu provozieren. Wir gehen davon aus, daß die konkrete inhaltliche Ausrichtung der Ausschüsse durch Diskussionen innerhalb der Ausschüsse geklärt wird. Dabei wird sich sicher die eine oder andere Anregung, die wir gemacht haben, wiederfinden.«

Neben der Profilierung des Finanzausschusses zum Ausschuß für Finanzen, Wirtschaft und Personal hatte die Fraktion vorgeschlagen, das Aufgabengebiet Umwelt vom Bau- an den Energieausschuß zu übertragen. Der Name »Ausschuß für Stadt- und Ortsteilentwicklung« für den bisherigen Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt sollte zudem klarstellen, daß künftig weniger konkrete Baumaßnahmen als vielmehr die Gesamtentwicklung der Stadt und ihrer Ortsteile im Vordergrund stehen werde. »Übrigens war nicht unser Ansinnen«, so der Fraktionsvorsitzende, »daß künftig die Beratung der Umweltberichte, die gesetzlicher Bestandteil von Bebauungsplänen etc. sind, abgetrennt behandelt werden. Vielmehr ging es uns um globalere ökologische Zusammenhänge, die passender in einem Ausschuß für Energie und Umwelt, möglicherweise auch Energie und Ökologie zu behandeln wären.« Konkrete inhaltliche Vorschläge legte die Fraktion auch für den Bildungs- und den Sozialausschuß vor.

Ohne Erfolg blieb hingegen das Anliegen, gleich auf der ersten StVV-Sitzung zu einem Ersatz für die weggefallenen Ortsvorsteher zu kommen. Allerdings wird diese Beschlussvorlage nun wegen der zusätzlichen StVV-Sitzung im Juli nur um einen statt der befürchteten drei Monate verschoben. Im Juli wird auch der Vorschlag der Fraktion zur Erweiterung der Aufsichtsräte behandelt.

## Bürgerforum zum Potsdamer Platz



Knapp 50 Leute fanden am 23. Juni den Weg ins Bonhoefferhaus im Brandenburgischen Viertel, um über Vorschläge zu beraten, wie der Potsdamer Platz zu einem »Platz für alle« werden kann. Ein Drittel des Personals stellte die Stadtverwaltung und das beauftragte Büro, ein weiteres Drittel waren Vertreter von Institutionen, die schon im März an einem ersten Workshop teilnahmen. Auch etwa 15 »normale« Einwohner diskutierten konstruktiv mit.

## Dezernent spart Portokosten

**Eberswalde (bbp).** Im Februar hatte der Hauptausschuß der Stadt Eberswalde den Vorschlag der Stadtverwaltung zur Vergabe der Postdienstleistungen an die Firma City Brief Bote (CBB) abgelehnt. Auf die Bitte des Stadtverordneten Carsten Zinn (Alternatives Wählerbündnis Eberswalde), die bereits seit längerem vorliegende Stellungnahme der Kommunalaufsicht den Stadtverordneten zur Kenntnis zu geben, antwortete der zuständige Dezernent Bellay Gatzlaff wie folgt:

Die Antwort der Kommunalaufsicht Barnim zur Vergabe von Postdienstleistungen war auf Anfrage der Stadtverwaltung eingeholt worden, weil der Hauptausschuß am 20.02.2014 den Vergabevorschlag abgelehnt hatte. Die Landesministerien haben keine erhellende Stellungnahme abgegeben bzw. eine solche abgelehnt (Innenministerium). Eine Anfrage einer Fraktion dazu ist mir nicht bekannt. Sie selbst haben sich lediglich nach dem Stand der Beantwortung durch die Kommunalaufsicht erkundigt.

Ich habe in der Stadtverordnetenversammlung am 19.06.2014 informiert, daß die Stadtverwaltung den Hauptausschußmitgliedern die Stellungnahme zukommen lassen wird, sobald ihr bekannt ist, wer die Ausschußmitglieder sein werden. Die Ausschußmitglieder konnten

naturgemäß erst in der Sitzung der StVV bestimmt werden. Da der Hauptausschuß voraussichtlich am 10.07.2014 tagen wird, reicht eine Versendung der Stellungnahme mit der Tagesordnung völlig aus, zumal die Postdienstleistungsvergabe am 10.07. (nach jetzigem Stand) keinen eigenen Tagesordnungspunkt hat. Dadurch kann die Verwaltung sowohl Aufwand als auch Portokosten sparen. Das ist umso wichtiger, als die Stadtverordneten mit ihren Entscheidungen zur Zahl der Ausschüsse und der Rückkehr zum Jahreshaushalt (anstelle Doppelhaushalt) andere Schwerpunkte gesetzt und eine erhebliche Mehrbelastung für die Stadtverwaltung verursacht haben. Die Stadtverwaltung muß sich umso mehr anstrengen, Effizienzpotentiale zu identifizieren und zu realisieren, damit sie die aus den Beschlüssen der Stadtverordneten resultierenden Aufträge erfüllen kann.

Wenn sich die Stadtverwaltung zu der Stellungnahme der Kommunalaufsicht eine Meinung gebildet und entsprechende Maßnahmen abgeleitet hat, wird sie den Stadtverordneten entsprechende Vorschläge machen. Dafür reicht der voraussichtliche Sitzungstermin des Hauptausschusses am 18.09.2014 völlig aus, da die aktuelle Interimsvergabe der Postdienstleistungen bis zum 30.09.2014 läuft.

## »Ich arbeite penibel nach Recht und Gesetz«

**Eberswalde (bbp).** Im Zusammenhang mit verschiedenen Kritiken an der zögerlichen Beantwortung von Stadtverordnetenfragen sah sich der Verwaltungsdezernent der Stadt Eberswalde Bellay Gatzlaff zu folgender Stellungnahme bemüht:

Zunächst möchte ich auf die städtischen Regelungen zum Postverkehr aufmerksam machen: Gemäß Punkt 4.3.1 Sachbearbeitung/Allgemeines der Geschäftsordnung der Stadtverwaltung sind »... alle Geschäftsvorfälle unverzüglich zu erledigen ... Können Geschäftsvorfälle nicht schnellstens erledigt werden, ist spätestens nach ZWEI WOCHEN eine Zwischenmitteilung zu erteilen. Hierin ist anzugeben, warum noch nicht endgültig entschieden werden kann, wie sich der Fortgang des Verfahrens gestalten wird und soweit möglich mit einer ab-

schließenden Mitteilung oder Entscheidung gerechnet werden kann.« (Zitatende)

Ansichts knapper personeller Ressourcen ist es der Stadtverwaltung in der Regel nicht möglich, jedem Bürger sofort zu antworten. Daran ändern auch Erinnerungen/Mahnungen der Bürger nichts. Häufig erlaubt es auch die zu bearbeitende Materie nicht, sofort zu antworten. Jede/r städtische Mitarbeiter/in muß angesichts des Arbeitsanfalls täglich Prioritäten bei der Aufgabenerfüllung setzen. Ich halte meine Mitarbeiter/innen stets dazu an, ordnungsgemäß und korrekt nach Recht und Gesetz zu handeln. Selbstverständlich gehe ich dafür mit gutem Beispiel voran und arbeite penibel nach Recht und Gesetz sowie nach bestem Wissen und Gewissen sowie im Rahmen meiner kapazitiven Möglichkeiten.

## Schaffung von Ortsteilbeauftragten

**Eberswalde (bbp).** Die Ortsvorsteher-Stichwahlen am 15. Juni brachten die erwarteten Ergebnisse (BBP 6/2014). Die vier bevölkerungsreichsten Eberswalder Ortsteile sind nunmehr ohne Ortsteilvertretung. Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BdE/AfW) reagierte darauf bereits zur konstituierenden Sitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 19. Juni mit einem Vorschlag zur Schaffung von Ortsteilbeauftragten. Die 14tägige Einreichungsfrist konnte natürlich nicht eingehalten werden. Aber die Fraktion hielt ihre Vorlage für dringlich genug, weil die nächste reguläre StVV-Sitzung erst für Ende September geplant war. Demnach wären die Einwohner mehr als drei Monate ohne Ansprechpartner im Ortsteil geblieben. Die Mehrheit der Stadtverordneten sah diese Dringlichkeit nicht und verwehrt die Aufnahme in die Tagesordnung. Da inzwischen im Juli eine zusätzliche StVV-Sitzung angesetzt wurde, relativiert sich das aber auch.

Der Beschlußvorschlag der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hat folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für jeden Ortsteil ohne Ortsteilvertretung die Einsetzung einer bzw. eines Ortsteilbeauftragten.

Als Ortsteilbeauftragte/r eines Ortsteiles ohne Ortsteilvertretung wird diejenige Person eingesetzt, die zur Ortsvorsteherstichwahl am 15. Juni 2014 in dem jeweiligen Ortsteil die höchste Stimmenzahl erreichte.

Die Ortsteilbeauftragten werden mit den Rechten und Pflichten ausgestattet, die in Ortsteilen mit Ortsteilvertretung nach § 47 der Kommunalverfassung von einem direkt gewählten Ortsvorsteher wahrgenommen werden.

Die Ortsteilbeauftragten erhalten für Ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung. Die Höhe der Aufwandsentschädigung richtet sich nach § 1 Abs. 2 Satz 2 der Entschädigungssatzung.

Die Ortsteilbeauftragten bleiben höchstens bis zum Ablauf der aktuellen Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung im Amt.

Tritt eine Ortsteilbeauftragte oder ein Ortsteilbeauftragter vorzeitig von seinem Amt zurück, wählt die Stadtverordnetenversammlung eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger.

Zur Begründung führt die Fraktion an, daß die Ortsvorsteher-Stichwahlen am 15. Juni in den vier Ortsteilen Brandenburgisches Viertel, Eberswalde 1, Eberswalde 2 und Finow aufgrund zu geringer Wahlbeteiligung gescheitert waren. »Gemäß § 45 Abs. 3 der Kommunalverfassung liegen somit Ortsteile ohne Ortsteilvertretungen vor. Um den Einwohnern in den betroffenen Ortsteilen weiterhin Ansprechpartner für ihre Sorgen und Probleme anbieten zu können, werden Ortsteilbeauftragte mit dieser Aufgabe betraut. Es kann davon ausgegangen werden, daß diejenigen Personen, die in den Ortsvorsteherstichwahlen am 15. Juni 2014 jeweils die meisten Stimmen in ihren Ortsteilen bekamen, am geeignetsten für diese Aufgaben sind.«

Die Einreicher weisen ausdrücklich darauf hin, daß es sich bei den Ortsteilbeauftragten nicht um Beauftragte im Sinne von § 19 der Brandenburgischen Kommunalverfassung handelt, eine Änderung der Hauptsatzung daher unterbleiben kann. »Die Ortsteilbeauftragten können vielmehr als eine Form der Selbstorganisation der Ortsteileinwohner betrachtet werden, die von der Stadtverordnetenversammlung unterstützt

wird. Die Personen, die in der Stichwahl die meisten Stimmen erhielten, können mindestens auf die Unterstützung jener Einwohner verweisen, die sie gewählt haben und sie als ihren Ansprechpartner im Ortsteil haben wollten.«

Zudem solle die Einsetzung von Ortsteilbeauftragten »keinesfalls eine dauerhafte Lösung« sein. »Bei der Einführung von § 45 Abs. 3 ging der Gesetzgeber davon aus, daß das wiederholte Scheitern der Direktwahl als Indiz für eine mangelnde Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu werten ist, sich im Rahmen der Ortsteilvertretung zu engagieren. Dies trifft in Eberswalde für alle betroffenen Ortsteile nicht zu. Zur Ortsvorsteherwahl am 25. Mai 2014 hatten wir sogar so viele Bewerber, wie nie zuvor. Die Ortsvorsteherwahlen scheiterten nicht an der mangelnden Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger sich zu engagieren, sondern an dem für Ortsvorsteherwahlen völlig unangemessenen Quorum von 15 % der Wahlberechtigten.«

Das Quorum mache bei der Wahl von Bürgermeistern, Oberbürgermeister und Landräten Sinn, da dieser Repräsentant der Gemeinde mit vielen Rechten ist. »Bei der Direktwahl von Ortsvorstehern steht das Quorum hingegen in keinem Verhältnis zu deren Rechten, Befugnissen und Möglichkeiten.« Es sei daher davon auszugehen, daß der Gesetzgeber nach dieser Kommunalwahl, in welcher der Mangel erstmals zutage trat, diesen Mangel korrigiert, indem er das Quorum für die Direktwahl von Ortsvorstehern abschafft.

»Davon unabhängig ist zu erwarten, daß sich die Stadt Eberswalde nicht damit abfindet, daß ihre bevölkerungsreichsten Ortsteile auf Dauer ohne Vertretung bleiben.« Über die Form, wie das auch unter den Bedingungen der aktuell geltenden Regelungen der Kommunalverfassung erreicht werden kann, wird die Stadtverordnetenversammlung nach Auffassung der Einreicherfraktion in den nächsten Monaten beraten und beschließen.

»Damit sich die Einwohnerinnen und Einwohner der Ortsteile in dieser Übergangszeit, über deren Dauer derzeit keine Aussage getroffen werden kann, an gewohnte Ansprechpartner wenden können, ist es notwendig, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung entsprechende Möglichkeiten zu schaffen. Mit der vorgeschlagenen Einsetzung von ehrenamtlichen Ortsteilbeauftragten wird dieses Problem effektiv gelöst.«

## Antwort nach 4 Monaten

**Eberswalde (bbp).** Im Februar 2014, drei Monate vor der Kommunalwahl, war in einer Stadtverordnetenanhörung die Auskunft erbeten worden, wie im Falle einer gescheiterten Ortsvorsteherwahl zu verfahren sei. Im Auftrag des Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff erklärte Rechtsamtsleiter Stefan Müller, daß hierzu die Kommunalaufsicht und das Innenministerium zu befragen sei. Überraschenderweise stellte sich heraus, als die Fragen zur Stadtverordnetenversammlung (StVV) im Mai erneut gestellt wurden, daß drei der vier gestellten Teilfragen von der Stadtverwaltung beantwortet werden konnten, was auch bereits im Februar hätte geschehen können (BBP 6/2014).

In der vierten Frage ging es darum, welche Möglichkeiten der Stadt zur Verfügung stehen, ihr freies Recht auf die Gestaltung der Ortsteilvertretungen auch im Falle eines Scheiterns der Stichwahlen umzusetzen. Hier verwies Gatzlaff auch noch im Mai auf die ausstehenden Antworten von Kommunalaufsicht und Innenministerium.

Allerdings verschwieg der Dezernent, daß die Kommunalaufsicht die entsprechende Antwort bereits einen Tag vor der Maisitzung der Stadtverordneten per eMail an die Stadtverwaltung geschickt hatte. Später damit konfrontiert, rechtfertigte er sich mit der Aussage, daß der Rechtsamtsleiter zur fraglichen Zeit zwei Tage auf Dienstreise gewesen sei, weshalb er die Antwort erst am Tag nach der StVV-Sitzung erhalten habe. Allerdings hielt es der Verwaltungsdezernent auch zu diesem Zeitpunkt für unnötig, dem Fragesteller die Antwort zuleiten. Es waren erneute Nachfragen beim Bürgermeister erforderlich, der seinen Dezernenten schließlich in der letzten Juniwoche anwies, endlich zu antworten. Zwischen Fragestellung und Antwort waren inzwischen mehr als vier Monate ins Land gegangen.

Der BBP lag die Antwort somit erst nach dem Redaktionsschluß dieser Ausgabe vor. Zumindest das Fazit soll den Bürgerpostlesern nicht vorenthalten werden:

»Zusammenfassend gehe ich daher davon aus, daß die Stadt Eberswalde unmittelbar nach der gescheiterten Direktwahl der Ortsteilvertretung oder auch zu einem späteren Zeitpunkt eine Neuetablierung der Ortsteilvertretung vornehmen kann. Voraussetzung wäre in jedem Fall, daß gewichtige Anhaltspunkte für ein gesteigertes Interesse der Bevölkerung des Ortsteils an der Neueinrichtung einer Ortsteilvertretung bestehen.«

Damit bestätigte das Innenministerium nahezu uneingeschränkt die bereits in der vorigen Ausgabe der BBP geäußerte Auffassung.

**Barnimer Bürgerpost**  
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de  
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

## Deutsches Kinderhilfswerk: Schulobstprogramm

**Das Deutsche Kinderhilfswerk ruft das Land Brandenburg zur Teilnahme am Schulobstprogramm der Europäischen Union auf.**

Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerkes nehmen ab dem nächsten Schuljahr zwar mit Bremen und Niedersachsen zwei weitere Bundesländer an dem Programm teil, sieben Bundesländer lehnen aber auch nach der Änderung des Schulobstgesetzes im Frühjahr dieses Jahres weiterhin eine Teilnahme ab: Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein. Als Gründe geben diese Bundesländer den nach ihrer Ansicht zu hohen personellen und organisatorischen Verwaltungsaufwand an.

Für das kommende Schuljahr stellt die Europäische Union für das Programm deutschlandweit fast 20 Millionen Euro zur Verfügung, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rund 60 Prozent. Zugleich sinkt der Eigenanteil der Länder zur Kofinanzierung um die Hälfte auf 25 Prozent.

»Von diesem Programm können sowohl Kinder in Grundschulen als auch in Kitas profitieren. Was in anderen Bundesländern gut läuft, sollte auch in Brandenburg möglich sein. Eine gesunde Ernährung und Bewegung sind die wesentlichen Grundlagen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Dabei ist das Ernährungsverhalten ein zentraler Bestandteil eines gesunden Lebensstils. Dieser wird wesentlich im Kindesalter erlernt und gebildet. Die hier erworbenen Ernährungsmuster behalten Kinder und Jugendliche oft ein Leben lang«, betont Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes. »Es ist beim Schulobstprogramm schon verwunderlich, daß einige Bundesländer den großen Erfolg betonen, während vergleichbare Bundesländer das ganz anders sehen. Wenn die bürokratischen Hürden tatsächlich für einige Bundesländer zu hoch sind, sollte sich die Bundesregierung bei der Europäischen Union nachdrücklich für eine Änderung des Verfahrens einsetzen« so Hofmann weiter.

Die bisherigen Evaluationen des Schulobstprogramms haben eine deutliche Zunahme der Beliebtheit und Akzeptanz von Obst und Gemüse ergeben. Zudem stieg das Bewußtsein der Kinder um die Wichtigkeit von Obst und Gemüse als Bestandteil einer gesunden Ernährung. Darüber hinaus verzehrten sie insgesamt mehr Obst und Gemüse: Besonders signifikant war der Anstieg bei den Kindern, die vor Beginn des Programms einen niedrigen Verzehr aufwiesen. Länderübergreifend wird bei Schulen in sozialen Brennpunktlagen eine besondere Wirksamkeit des Programms festgestellt: Bei Schülerinnen und Schülern mit einem niedrigen sozioökonomischen Status stieg Konsum und Wissen am meisten.

UWE KAMP, Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

## Finowkanal-Geschichten-Wanderung 7

### Hohenfinow und Bethmann-Hollweg

Es war einmal ein deutscher Reichskanzler, der vor 158 Jahren in Hohenfinow zur Welt kam, dort aufwuchs und seinen Lebensabend verbrachte. Zwischenzeitlich beriet er als Reichskanzler den letzten deutschen Kaiser und war – so behaupten einige – in dieser Rolle mitverantwortlich für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs (vgl. S. 15).

Um diese vom in Hohenfinow aufgewachsenen und heimatkundlich außerordentlich bewanderten Herrn Schindler begleitete Geschichte rankt sich unsere Wanderung am 5. Juli. Sie beginnt um 16.30 Uhr an der Klappbrücke über den Finowkanal in Niederfinow.

Am Rande des Eberswalder-Toruner Ustromtals geht es hangaufwärts vorbei an einer alten Wassermühle und weiter über das abgelegene Dorf Karlswerk zum ehemaligen Gutshof von Theobald von Bethmann-Hollweg, und von dort weiter bis zur Kirche von Hohenfinow. Dort haben Sie Gelegenheit zur Teilnahme an einem Vortrag des Kölner Hollweg-Experten Prof. G. Wollstein über Bethmann-Hollweg. Musik und das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs runden die Veranstaltung ab, zu der die Kirche Hohenfinow einlädt. Bei einer Pause am Gutshof sorgen wir dafür, daß die Autofahrer unter Ihnen ihre Au-

tos von der Klappbrücke abholen und in der Nähe der Kirche parken können. Wer nicht an der um 19 Uhr beginnenden Veranstaltung teilnehmen möchte, kann gern stattdessen den Rückweg zu Fuß durch den dichten Wald am hinteren Ende des Gutshofes und über die Bullenweide beschließen. Es ist ein wunderschöner Weg. Der Bulle verhielt sich bei unserer Testwanderung friedlich.

Da die Wanderung am späten Nachmittag stattfindet und bis in die Abendstunden hinein dauert, empfiehlt sich die Mitnahme eines Picknick, das Sie gern auf dem Dorfanger von Hohenfinow verspeisen können, bevor die Veranstaltung in der Kirche beginnt.

**Termin: Samstag (Sonnabend) 5. Juli 16:30 Uhr  
Treffpunkt: Die Klappbrücke in Niederfinow**

Die Wanderung richtet sich an die historisch interessierten Anwohner der Region. Gern dürfen Sie mit eigenen Geschichten, Fakten und Anekdoten zum Gelingen beitragen. Alt- und Neubürger sind gleichermaßen willkommen. Bitte tragen Sie der Witterung angepaßte Kleidung. Da wir teilweise rauhes Gelände betreten, empfiehlt sich robustes Schuhwerk.

Prof. HARMUT GINNOW-MERKERT  
und ATTILA PASZTOR,  
Initiative Unser Finowkanal e.V.

### Wieder zwei Polizisten im Revier

**Eberswalde (cz).** Ab Ende 2014 wird das Brandenburgische Viertel wieder zwei Revierpolizisten haben. Polizeiobermeisterin Manja Rothe schließt im November ihre Weiterbildung an der Oranienburger Fachhochschule der Polizei Brandenburg ab und wird dann als frisch ernannte Polizeikommissarin dem momentan einzigen Revierpolizisten im Kiez, Polizeikommissar Ronny Ladewig, zur Seite stehen. Der Leiter des Polizeireviers Eberswalde Polizei-

hauptkommissar Torsten Kulig hält damit Wort und erfüllt die regelmäßig vorgetragenen Bitten und Forderungen des bisherigen Ortsvorstehers Carsten Zinn. »Er hat maßgeblichen Anteil daran«, so Zinn, »daß zukünftig die Revierpolizei wieder stärker präventiv wirken kann. Dafür gilt ihm mein Dank. Es war insgesamt eine gute Zusammenarbeit. Er hatte stets ein offenes Ohr für die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner, die ich an ihn herangetragen habe.«

### Abwanderung aus Seefeld

Leider wurde das einzige Versorgungsdepot »Aldi« von Seefeld nach Werneuchen verlagert und das, obwohl in Werneuchen bereits Netto, Lidl und Edeka existieren. Verstehen kann das keiner und mehrere Nachfragen beim ehemaligen Bürgermeister von Bernau ergaben, daß er keinen Einfluß auf diese Schließung hatte. Ein Alternativvorschlag kam leider von seiner Seite nicht!

Wie auch immer, es gibt genügend Freiflächen und der Bedarf ist da (die Umsätze von Aldi hier in Seefeld waren sehr gut, wie mir aus sicherer Quelle berichtet wurde und man natürlich auch sehen konnte). Seefeld mausert sich, nur wer denkt an die Versorgung der Bewohner? Es gibt hier natürlich überwiegend ältere Menschen, aber warum sollen ausgerechnet sie überteuerte Produkte in einem kleinen »Tante Emmaladen« oder Hofladen kaufen?

Wäre es nicht angebracht, unsere Gemeinde attraktiver zu machen indem man ernsthaft darüber nachdenkt, unser Problem verschiedenen Discounterketten anzubieten? Ich bin überzeugt, daß es jemanden geben wird, der diese Lücke aufgreift!

Immer wieder höre ich von Nachbarn, daß sie überlegen hier wegzuziehen, weil die Einkaufsmöglichkeit gleich null ist und das kann doch wirklich nicht wahr sein. Wünschenswert ist es, daß man sich in der Stadtverordnetenversammlung dieses Problem auf den Tisch nimmt, die Bürger warten darauf. Es ist nicht jedem gegeben, sich im Internernet zu artikulieren, aber die Wünsche sind da und wir würden an Attraktivität gewinnen!

Ich gebe die Hoffnung zu diesem Thema nicht auf!

CONNIE KELZ

## »Unser Finowkanal« ist eingetragener Verein

Es hat eine ganze Weile gedauert, bis unsere Initiative mit Datum 21.5.2014 beim Amtsgericht Frankfurt (Oder) als Verein eingetragen wurde. Nun können wir endlich das lästige Kürzel »i.G.« (in Gründung) ablegen. Auch gibt es nun ein Vereinskonto – und Sie ahnen schon, was als nächstes kommt:

Werden Sie aktives Mitglied einer Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, den einmaligen Kulturschatz Finowkanal mit seinen industriehistorischen Denkmälern aus der Pionierzeit der deutschen Industrialisierung gegen amtliche Lethargie zu verteidigen und vor dem endgültigen Verfall zu schützen. Die einzige wirtschaftliche Entwicklungschance für die Finowkanalregion besteht darin, daß wir gemeinsam für den Finowkanal eintreten.

Seit der Gründung unseres Vereins im Dezember 2013 und dem großen Symposium im Januar sind etliche Monate vergangen, die wir mit Pressearbeit und Appellen an diverse Politiker randvoll gefüllt haben. Ab jetzt beginnt die kritische Phase für den Finowkanal: die Stecherschleuse konnte nur mit einer Notrepa-

ratur noch einmal für diese Saison geöffnet werden; ab 2015 gibt es kein Geld mehr vom Bund für die anstehenden Reparaturen, und noch immer weisen die lokalen und regionalen Akteure und Entscheidungsträger auf den jeweils anderen, der jeweils die Schuld daran trage, daß noch immer kein tragfähiges Nachfolgekonzept für den Finowkanal existiert.

Dank der Arbeit einiger freiwilliger Helfer und Mitglieder sind wir inzwischen im Internet präsent – zweisprachig. Die polnische Version ist in Arbeit. Auch finden Sie uns bei Facebook. Über Ihr aktives Mitwirken durch Kommentare und Beiträge würden wir uns außerordentlich freuen. Sagen Sie uns, was Sie von unserer Arbeit und vom Finowkanal halten. Der Finowkanal ist inzwischen wöchentlich minde-

stens einmal in der Presse und in anderen Medien. Die letzten Aktivitäten bestanden darin, daß wir im Mai von der CDU ein Mitglied des Bundestages und eines aus dem EU-Parlament zu Gast hatten. Anfang Juni dann gab es ein großes Treffen mit den SPD-MdBs Herzog und Zierke an der Stecherschleuse. Andere – z.B. die Grünen – haben klare Bekenntnisse zum Finowkanal veröffentlicht. Doch müssen allen diesen Bekenntnissen sehr bald Handlungen folgen. Und der Finowkanal kann nur im Zusammenwirken aller Akteure überleben. Parteiinteressen dürfen dabei keine Rolle spielen.

Wir müssen jetzt dran bleiben. Die Gefahr besteht, daß bald nach den Wahlen der Finowkanal wieder aus dem öffentlichen Bewußtsein und den Medien verschwindet. Deshalb hatten wir vom 19. bis 21. Juni zu Finowkanalfahrten auf dem Fahrgastschiff »Oderberg« eingeladen. Und wir veranstalten weiterhin die monatlichen Finowkanal-Geschichten-Wanderungen. Das UNESCO-Ziel liegt in weiter Ferne; nicht einmal in Richtung Europäische Route der Industriekultur haben die lokalen Entscheidungsträger bisher auch nur einen einzigen Schritt unternommen. Es geht voran, jedoch unendlich zäh. Der Finowkanal ist am Ende, und es ist keine Zeit mehr für Geduld.

Wenn Sie uns als Mitglied unterstützen wollen (Mitgliedsbeitrag 24 € im Jahr), melden Sie sich bitte beim Schatzmeister unserer Initiative (Initiative Unser Finowkanal e.V., c/o Herrn Thomas Winkler, Reisebüro Fern und Meer, Goethestraße 18a, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334 28 91 70, Fax: 03334 28 92 24, eMail: info@fern-und-meer.de)

Prof. HARMUT GINNOW-MERKERT

### »Raumpioniere« unerwünscht

Eberswalde (bbp). Über alternative Wohn- und Lebensprojekte hat die BBP in den vergangenen Jahren desöfteren berichtet. So über die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) in Köln oder den ÖkoLea-Verein in Klosterdorf bei Strausberg. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hatte sich auch in Eberswalde eine solche Initiative etabliert. Bekannter wurden die »Raumpioniere« in der alten Papierfabrik am Finowkanal erst, als dem Projekt das Ende drohte (BBP 3/2014). Bürgermeister Boginski hatte formal Unterstützung zugesagt, dabei aber gesagt: »Wenn Sie sich auch ein Leben in anderen Wohnformen vorzustellen vermögen, finden wir zusammen gewiß eine Lösung« (MOZ, 14.02.2014). In Klartext übersetzt heißt das: Wenn ihr auf euren eigenen alternativen Lebensvorstellungen beharrt, dann habt ihr in dieser Stadt nichts verloren.



## Gemeinsam für den Finowkanal

**Eberswalde (prest-ew). Den Erhalt des Finowkanals als Wasserstraße für den Tourismus fordern Unternehmer, die Landkreise Barnim und Oberhavel, die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal (KAG) sowie die Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg (WIN).**

Die Initiative setzt dabei sowohl auf die Unterstützung des Landes Brandenburg als auch den Bund, der Eigentümer des Finowkanals ist. Darüberhinaus soll ein gemeinsam geplantes Konzept den Ausbau der Infrastruktur des Kanals sowie stabile Einnahmemöglichkeiten für die Tourismusbranche in Einklang bringen.

Dazu gab es folgende Erklärung, die vom Vorsitzenden der KAG, dem Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski, unterzeichnet wurde:

Auf Einladung der KAG (Kommunale Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal) haben sich am 17.6.2014 VertreterInnen der KAG, der Landkreise Barnim und Oberhavel, der Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg, der WITO, der WinTo und der Unternehmer am Finowkanal am Stadthafen in Liebenwalde zu einem Workshop getroffen, um sich gemeinsam für den Erhalt des Finowkanals stark zu machen.

Die Anwesenden stellen fest:

– Unser Ziel ist es, gemeinsam den Finowkanal als älteste schiffbare Wasserstraße Deutschlands und Gesicht unserer Region zu stärken und den dauerhaften Erhalt der durchgängigen Schiffbarkeit zu sichern und damit eine wirtschaftliche Perspektive für den (Wasser-)Tourismus zu schaffen.

– Wir erwarten die Unterstützung des Bundes als Eigentümer des Finowkanals und des Landes Brandenburg.

– Wir arbeiten gemeinsam mit den touristischen Anbietern am Finowkanal daran, stabile Einnahmemöglichkeiten zu schaffen, um einen Beitrag zur nachhaltigen Bewirtschaftung zu sichern.

– Nach der Sommerpause 2014 werden wir ein vertieftes Konzept vorlegen und in der KAG sowie mit unseren Partnern diskutieren. Darin sollen tragfähige Vorschläge, einerseits für die Betreiberstruktur und andererseits für Fördermöglichkeiten und zum Ausbau der Infrastruktur gemacht werden.

## Gedanken zur Linkspartei

Nachdem bereits zu den Bundestagswahlen erhebliche Stimmenverluste für die Linkspartei eingetreten sind und alle Direktmandate im Kreis Barnim verloren gingen, gab es trotz relativ guter Gesamtergebnisse im Kreis und in der Stadt Eberswalde auch zu den Kommunalwahlen erneut empfindliche Stimmverluste.

So verlor die Linkspartei im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2008 im Kreis Barnim 14 % der Wählerstimmen und in der Stadt Eberswalde sogar 25 %. Daß die Ursachen nicht nur an der niedrigen Wahlbeteiligung liegen, zeigt sich bei der CDU, die 40 % an Wählerstimmen hinzugewinnen konnte.

Ich halte es für dringend erforderlich, die Hauptursachen für diesen negativen Wahlrend nicht irgendwo, sondern selbstkritisch in der eigenen Kommunalpolitik zu suchen und nach vorn gerichtete Schlußfolgerungen zu ziehen. Dazu einige Gedanken:

Es besteht der Eindruck, daß es zeitweilig zwischen dem Landrat und der mit ihm verbundenen CDU und der Fraktion der Linkspartei im Barnim so etwas wie eine friedliche Koexistenz gibt. Das hat nicht nur die Hinterzimmerpolitik dieser Koalition begünstigt sondern auch mangelhafte Transparenz in der Kommunalpolitik des Kreises ermöglicht. Als jüngstes Beispiel sei die Protestdemonstration vor dem Landratsamt zu Wasser- und Abwasserpreisen im Raum Bernau genannt, die nicht nur durch die Abwesenheit des Landrates sondern auch die Sprachlosigkeit der Linkspartei gekennzeichnet war. Man sollte deshalb einmal ernsthaft darüber nachdenken, wie kritischer und zugleich konstruktiver Einfluß genommen und vor allem die Unterschiede in der Kommunalpolitik deutlich gemacht werden können. Auch in der Kommunalpolitik der Stadt Eberswalde sollte die Linkspartei der Dominanz des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung kritischer begegnen. Als Beispiele seien die Rekommunalisierung und die Transparenz in Aufsichtsräten genannt.

Es wird sicher auch notwendig sein, über eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit nachzudenken und damit weitere Kreise der Bevölkerung mit der Politik der Linkspartei vertraut zu machen. Um hier eine größere Breitenwirkung zu erreichen wäre es notwendig, daß Funktionäre oder auch Abgeordnete in der örtlichen Presse durch Leserbriefe, Interviews und Artikel auftreten. Die oft vorhandene Sprachlosigkeit muß überwunden werden.

Abschließend ein Gedanke zur innerparteilichen Demokratie. Es ist normal, daß es innerhalb einer Partei unterschiedliche Auffassungen gibt. Sie können aber weder durch Parteiausschlüsse, Austritte oder auch Fraktionsbildungen außerhalb der Partei geklärt werden. Das sollte innerhalb der Partei durch sachliche und nach vorn gerichtete Diskussionen geschehen, für die allerdings auch die Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen.

Dr. HELMUT KOCH

## Einfalt und Vielfalt

*Eine kurze Nachbetrachtung zu den Kreistagswahlen im Barnim*

**Es ist ganz egal, welche Partei Du wählst, Du änderst doch nichts. Diesen Spruch hört man oft und es ist wohl viel Wahres dran. Nun haben die Wähler den Spruch umgesetzt, in durchaus schöpferischer Weise.**

Da sind zunächst diejenigen Wähler, die zutreffender Nichtwähler genannt werden. Sie haben auch dieses Mal nicht gewählt. Es waren mit 55 Prozent mehr als die Hälfte. Von denjenigen, die zur Wahl gegangen sind, haben viele das »egal« in ganz eigener Weise vollzogen: Von den drei Stimmen eine für die Linken, eine für die SPD und eine für die CDU – ist doch egal! Jedenfalls haben so die »Großen« wieder die Nase vorn!

Von den 56 Kreistagssitzen gehören 36 für die nächsten fünf Jahre diesen drei Parteien. Die können also den »Barnimer Weg« fortsetzen. Es werden noch ein paar Sitze dazukommen von Abgeordneten, die unter anderem Etikett zur Wahl angetreten waren und nun das Etikett wechseln.

Was war das doch gleich: »Barnimer Weg«? Das ist die große Koalition im Barnim, die will, daß alles so bleibt wie es ist und die den Leuten einredet, daß alles so gut ist, wie sie es machen.

Das haben die »egal«-Wähler wohl geglaubt und nun wird sich auch nichts ändern, jedenfalls nicht zum Guten! Zwar hat eine Wählergruppe – auch in der BBP – dafür geworben »Alternativen sind machbar«. Aber mit diesem Wahlergebnis sind sie es wohl eher nicht. Immerhin hat diese Gruppe einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde erreicht. Es gibt aber noch mindestens drei Gruppen, die jede auch auf einen ganzen Sitz stolz sein können und sich nun über die Vielfalt freuen. Das tun sie tatsächlich! Wer nun daran glaubt, daß diese Art Vielfalt etwas mit Demokratie zu tun hat, der muß sich wohl gefallen lassen, wenn es Leute gibt, die so etwas Einfalt nennen. Die Einzelnen, so sehr sie sich auch mühen, werden nach und nach zerbrechen oder zerbrochen werden, so wie es der Vater der sieben Söhne mit dem Bündel aus sieben – vereinzelt – Stäben vorgemacht hat.

Im Kreistag teilen sich 9 »Kleine« die noch übrigen 20, vielleicht auch nur 18 Sitze. Wenn

sich alle an den Debatten, die es ja wirklich manchmal gibt, aktiv beteiligen, dann dürfen wir großes Palaver erwarten. Es kann sogar ganz lustig werden. Aber keine Sorge: Das wird nichts ändern, aber auch gar nichts!

Die Mitglieder der stärksten Fraktion und ihre linken Wähler werden irgendwann merken, daß die Wahlkampfthemen ihrer Partei, die in dicken Lettern auf den Plakaten zu lesen waren, im Kreistag gar nicht auf der Tagesordnung stehen. Das war ja auch nur Wahlwerbung an die Adresse derjenigen, die immer nur Überschriften lesen. Es hat funktioniert! Im Kreistag geht es um Entscheidungen, die den Bürgern echt nahegehen, bis unter die Haut, und die weh tun werden. Aber hier hilft der »Barnimer Weg«. Schlimmer geht's nimmer! Also Zähne zusammengebissen, da müssen wir durch!

Zwar können sich die jetzt wieder »Regierenden« nur auf weniger als 20 Prozent der Wähler stützen, aber die 80 Prozent, die nicht oder wieder falsch gewählt haben, dürfen sich nicht beschweren. Man wird sie belehren: Das ist Demokratie und sie werden es glauben und demnächst, da sind Landtagswahlen, wieder nicht oder falsch wählen! Wetten daß?

Hans Herbert von Arnim, ein in Deutschland nicht ganz unbekannter, scharfsinniger Rechtsgelehrter hat gesagt: *Wenn Wahlen etwas ändern könnten, dann wären sie längst verboten.* Ich kann Herrn Prof. von Arnim die Sorgen nehmen. Bei solchen Wählern müssen wir an ein Wahlverbot nicht denken, solche Wähler wollen nichts verändern. Wahrscheinlich geht es ihnen sehr gut, zu gut? Denen, die meinen, daß es ihnen nicht so gut geht, jedenfalls besser gehen könnte, denen kann ich nur sagen: Die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber! In diesem Sinne also nun vorwärts zu den nächsten Wahlen! Es lebe die Einfalt! Es lebe die Vielfalt!

JOHANNES MADEJA

## Motto: »Zinnlos ist sinnlos«

Nach der Stichwahl zu den Eberswalder Ortsvorsteherwahlen ist es mir ein Bedürfnis, mich bei meinen Wählerinnen und Wählern im Brandenburgischen Viertel für das erneut entgegengebrachte große Vertrauen ganz herzlich zu bedanken. Ich betrachte dies als Anerkennung und Würdigung meiner kommunalpolitischen Aktivitäten in der Kommunalwahlperiode 2008-2014 als Ortsvorsteher für das Brandenburgische Viertel und als Stadtverordneter im Wahlkreis 1 und natürlich zugleich Verpflichtung für die Zukunft. Die Gründe für die nach 2008 erneut sehr geringe Wahlbeteiligung

in den vier Ortsteilen gilt es sorgfältig zu analysieren. Gemeinsam mit allen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung ist nun auszuloten, welche Möglichkeiten es gibt, die Ortsteilvertretungen wieder zu aktivieren.

Nach dem Motto »ZINNLOS ist SINNLOS« werde ich in Wahrnehmung meines Mandates als Stadtverordneter und Vorsitzender der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« weiterhin als Ansprechpartner auch für die Einwohnerschaft im Ortsteil Brandenburgisches Viertel zur Verfügung stehen.

CARSTEN ZINN



## LINKE Bürgermeisterkandidaten benannt Ortsbeiräte gewählt

**Zepernick (bbp).** Auf dem Kreisparteitag der LINKEN am 21. Juni in Zepernick sind André Stahl für Bernau und Volker Passoke für Eberswalde als Kandidaten für die jeweilige Bürger-

meisterwahl am 14. September vorgestellt worden. Die eigentliche Nominierung wird auf Mitgliederversammlungen der beiden Stadtverbände erfolgen.

### Am 10. Juli endet die Frist

**Eberswalde (bbp).** Am 10. Juli endet die Frist, um Kandidatenvorschläge für die am 14. September anstehende Bürgermeisterwahl in Eberswalde einzureichen. Bislang haben mit dem Amtsinhaber Friedhelm Boginski (FDP) und Volker Passoke (DIE LINKE) nur zwei Kandidaten ihren Hut in den Ring geworfen. SPD und CDU halten sich noch bedeckt, haben aber, wie es heißt, keine geeigneten Bewerber. Bei den Bündnisgrünen, die bei den vergangenen Wahlen jeweils mit einem eigenen Vorschlag antraten, ist die Bürgermeisterwahl scheinbar diesmal gar kein Thema.

Im Jahr 2006 hatte das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde mit ihrem Kandidaten Hartwin Schulz mit 18 Prozent im ersten

Wahlgang einen Achtungserfolg errungen. Diesmal wird das Bündnis niemanden vorschlagen. Deren Partner in der StVV, die Alternative Liste Eberswalde (ALE) will sich in der ersten Juliwoche treffen, um ihre Position zur Bürgermeisterwahl zu klären. Vorab war seitens der ALE zu hören, daß die Wählergruppe einen Bürgermeisterkandidaten unterstützen wird, der sich für die Eberswalder Ortsteile und die Wiedereinsetzung und Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen einsetzen will. Der Amtsinhaber hat bereits erklärt, daß der neue Status quo zu akzeptieren sei und daran die Wähler schuld seien. Während der Linken-Fraktionschef Sachse sich ähnlich äußerte, war von Passoke dazu noch nichts zu hören.

### Vier statt Drei

*Bündnisgrüne Kreistagsfraktion formiert*

Die vier neu gewählten Kreistagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fanden sich am 12. Juni zu ihrer ersten Fraktionssitzung zusammen. Die drei Kreistagsneulinge Doris Stahlbaum, Stefan Böhmer und Heribert Rustige sowie die bereits erfahrene Kreistagsabgeordnete Karen Oehler haben sich eine engagierte, kritisch-konstruktive Kreistagsarbeit im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des Landkreises auf die Fahnen geschrieben.

Zum Fraktionsvorsitzenden bestimmte die Fraktion Stefan Böhmer (49) aus Wandlitz. Der Leiter von Betreuungseinrichtungen für Suchtkranke ist gleichzeitig einer der Sprecher des grünen Kreisverbandes. Er wird die Fraktion im Finanzausschuß vertreten. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende wird die Umweltingenieurin Doris Stahlbaum (34) aus Panke. Sie wird im Ausschuß für Landwirtschaft, Umwelt und Abfallwirtschaft mitarbeiten. Karen Oehler aus Eberswalde vertritt die Grünen weiterhin im Kreisausschuß. Den Ausschuß für Territorialplanung, Bauen und Wirtschaft wird Heribert Rustige aus Biesenthal besetzen.

Das Fraktionsbüro der Bündnisgrünen befindet sich weiterhin in der Friedrich-Ebert-Straße 2 in Eberswalde. Fraktionsgeschäftsführer ist Thorsten Kleinteich.

STEFAN BÖHMER, Fraktionsvorsitzender

### Danke!

... sagen wir allen, die in den vergangenen Wochen ihre Unterstützungsunterschrift für die Deutsche Kommunistische Partei geleistet haben, damit die DKP auf die Wahlliste der Landtagswahlen im September 2014 kommt.

NORBERT GLASKE, DKP Barnim

### Sieben statt Vier

*Erste Sitzung der CDU-Stadtfraktion*

**Eberswalde (cdU).** Die neue Eberswalder CDU-Stadtfraktion traf sich am 3. Juni zu ihrer ersten Sitzung nach der Kommunalwahl. Zum Fraktionsvorsitzenden wählten die Abgeordneten erneut Uwe Grohs, der die CDU-Fraktion bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode führte. Stellvertreterin ist Monique Schostan, Dietmar Ortel als Schatzmeister komplettiert den dreiköpfigen Vorstand. Dazu zählt die Fraktion in der neuen Stadtverordnetenversammlung mit Danko Jur, Reinhard Fischer, Roy Pringal und Winfried Bohn insgesamt 7 Mitglieder. Winfried Bohn wird dabei auch als stellvertretender Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, was er inzwischen wurde. Die Fraktionsmitglieder trafen alle Entscheidungen einstimmig.

Uwe Grohs erklärte: »Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in der Fraktion und gemeinsam werden wir für eine bürgernahe Politik in Eberswalde eintreten.« Erste Ideen für einige Änderungen gab es schon aus der Runde. »Bisher sind Wirtschaftsthemen wie zum Beispiel Unternehmensansiedlungen und Fachkräftesicherung, die ja alle Eberswalder Bürgerinnen und Bürger direkt oder indirekt betreffen, in den Ausschüssen etwas kurz gekommen«, sagte Dietmar Ortel.

Die CDU hatte für die Ortsteile Finow (Reinhard Fischer) und Eberswalde 2 (Winfried Bohn) Kandidaten für die Ortsvorsteherwahl aufgestellt. »Leider erreichte kein Kandidat das notwendige Quorum von 15 % der Wahlberechtigten«, teilte die CDU Eberswalde mit. »Somit bleiben die Ortsteile ohne Vorsteher. Unsere beiden Kandidaten haben dennoch einen engagierten Wahlkampf gemacht und bedanken sich für Ihre Stimmen.«

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** Im Unterschied zu Finow, Brandenburgisches Viertel sowie Eberswalde 1 und 2 verfügen die drei dörflichen Ortsteile Sommerfelde, Spechthausen und Tornow weiterhin über reguläre Ortsteilvertretungen. Hier wurden Ortsbeiräte gewählt, für die kein Quorum gilt. Die Wahlen erfolgten nicht am 25. Mai in der Wahlkabine, sondern in Einwohnerversammlungen, die in Sommerfelde am 24., in Spechthausen am 25. und in Tornow am 26. Juni stattfanden.

Die Hauptsatzung sieht für jeden Ortsbeirat drei Mitglieder vor. Kandidatinnen und Kandidaten konnten in der Versammlung vorgeschlagen werden. Die Wahl der Ortsvorsteher oblag dann den neugewählten Ortsbeiräten.

Zum neuen Sommerfelder Ortsbeirat gehören Werner Jorde, der wieder als Ortsvorsteher gewählt wurde, Lothar Gerndt und Robert Jerichow an.

In den beiden anderen Ortsteilen gibt es neue Ortsvorsteher. In Spechthausen führt Matthias Stiebe den Ortsbeirat, dem außerdem Jörg Müller und Nancy Stiebe angehören. Neuer Ortsvorsteher von Tornow ist Professor Dr. Dr. Michael Mussong. Ihm zur Seite stehen Jasmin Speer und Matthias Küter.

Während die Sommerfelder und Spechthausener rege an den Wahlversammlungen teilnahmen, kamen in Tornow nur 23 Wähler. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 8,3 %, weniger als bei den Ortsvorsteherstichwahlen der vier städtischen Ortsteile.

### Acht statt Neun

*Linksfraktion hat sich konstituiert*

**Eberswalde (bbp).** Über »ein volles Haus« berichtete der alte und neue Vorsitzende der Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Wolfgang Sachse. Die Fraktion ist mit 8 Mandaten, eines weniger als 2008, wieder stärkste Kraft im Eberswalder Stadtparlament geworden. Dem Vorsitzenden Sachse stehen zwei gleichberechtigte Stellvertreter zur Seite. Als stärkste Fraktion hatten die LINKEN das erste Vorschlagsrecht für das Amt des StVV-Vorsitzenden, das am 19. Juni mit Volker Passoke besetzt wird. Passoke ist zugleich auch der Kandidat der LINKEN zur Bürgermeisterwahl am 14. September. Die Fraktion einigte sich darauf, in der konstituierenden Sitzung für die Beibehaltung der bisher existierenden Ausschüsse zu votieren. Wie in der vergangenen Wahlperiode wird Wolfgang Sachse den Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt leiten, den Ausschuß Kultur, Soziales und Integration übernimmt Dr. Ilona Pischel als Vorsitzende.

Am Ende ihrer konstituierenden Sitzung verkündete Roswitha Friese ihren Mandatsverzicht. Aus gesundheitlichen Gründen, wie sie sagte. Der planmäßige Nachrücker ist Jürgen Wolff, der das Mandat inzwischen angenommen hat.

## Kein Zukunftsprojekt

Ich habe großes Verständnis für die Proteste gegen die Schweinemastanlage Haßleben. Eine derartige Anlage ist eine Gefahr für die Entwicklung der Region und bringt nur ein Minimum an Arbeitsplätzen. Wir wollen mehr Tierhaltung in Brandenburg, aber flächengebunden und artgerecht.

Dabei wollen wir die Landwirte unterstützen. Leider hat aber das Land kaum Möglichkeiten, um Großanlagen wie in Haßleben zu verhindern. Es sind neue gesetzliche Regelungen auf Bundesebene erforderlich, die nach vorgegebenen Kriterien die Anzahl der Tiere pro Anlage und in einer Region begrenzen und eine umweltverträgliche Entsorgung der Gülle garantieren. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.

Ich begrüße die Volksinitiative gegen »Masentierhaltung« als Anstoß für die notwendige gesellschaftliche Diskussion über die Art und Weise, wie wir Tierhaltung in Deutschland betreiben wollen.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

## Fahrräder zählen

**Eberswalde (prest-ew).** Für das geplante Radnutzungskonzept der Stadt wird vom 30. Juni bis zum 4. Juli das Radaufkommen auf den Straßen Eberswaldes gezählt. Auch auf Grundlage dieser Daten soll der Bedarf für den Ausbau des Radwegenetzes in der Barnimer Kreisstadt ermittelt werden. Ihre Ideen für die Radwege der Stadt können die Eberswalderinnen und Eberswalder noch bis zum 3. August unter [www.radforum-ew.de](http://www.radforum-ew.de) beisteuern.

Mit dem Nutzungskonzept möchte die Stadt Eberswalde Radfahrern künftig sowohl mehr Sicherheit als auch mehr Attraktivität im Radwegenetz bieten.

»Wir wollen gründlich erfassen, an welchen Stellen die Eberswalder ihre Radwege verbessern wollen und wo es bisher Engpässe gibt. Daher haben wir einerseits die Bürgerinnen und Bürger in einem Radforum direkt nach ihren Wünschen gefragt und tun dies noch bis August im Internet. Andererseits wollen wir den Ist-Zustand auf den Straßen mit einer Erhebung des Radverkehrs in den Blick nehmen«, erklärt Baudezernentin Anne Fellner die Zählungen.

Unter anderen am Treidelweg, der Grabowstraße, der Friedensbrücke und der Kreuzung Tramper Chaussee/ Breite Straße werden Mitarbeiter der Stadt und des Planungsbüros aus Frankfurt am Main Radfahrer zählen. Dabei kommt auch Videotechnik zum Einsatz, die Radfahrer automatisch zählt.

Anschließend können Computer die Aufnahmen auswerten. Vor Ort sollen Radler zudem in Stichproben nach ihren Erfahrungen befragt werden.

Bis Ende Juni haben bereits 89 Bürgerinnen und Bürger insgesamt 152 Vorschläge im Internet unter [www.radforum-ew.de](http://www.radforum-ew.de) eingereicht.

Erinnerungen an Kurt Kretschmann (Teil 1)

## Die gute Saat der Kretschmanns

von Daniel Fischer

Es muß wohl um die Jahrtausendwende gewesen sein, als ich zum ersten Mal über das außergewöhnliche und durch hohe menschliche Ideale geprägte Leben der Kretschmanns erfahren habe. Durch einen glücklichen Zufall bin ich auf den wunderbaren Filmbeitrag von Hartmut Sommerschuh mit dem Titel »Was bedeutet es schon reich zu sein« gestoßen, der das Leben und Wirken der Kretschmanns thematisierte.

Ich war damals gerade Oberstufenschüler des Andreas-Vesalius-Gymnasiums in Wesel am Niederrhein (NRW). Während meiner Schulzeit bin ich damals mit diversen Schwierigkeiten konfrontiert worden. Es waren weniger Prüfungsängste oder die Schulnoten, die mir seinerzeit Sorgen bereiteten, als vielmehr das soziale Umfeld, welches mir keine unbeschwertere Entwicklung in jungen Jahren ermöglichte. Ständig wiederkehrende Provokationen, Feindseligkeiten und Mobbing machten mir das Leben über einen sehr langen Zeitraum zur Hölle. Die Ursache ist wohl rückblickend vor allem darauf zurückzuführen, daß ich anders war als die meisten anderen Schulkollegen: Ich rauchte nicht, ich trank nicht und ich feierte nicht bei lautstarken Disko-Parties bis tief in die Nacht hinein, so wie es damals viele Altersgenossen taten.

Stattdessen hielt ich mich lieber mit meinem Fahrrad in der Natur auf, war gärtnerisch aktiv und nutzte die Zeit, um mich mit ökologischen, sozialkritischen und religiösen Schriften zu beschäftigen. Darüber hinaus engagierte ich mich politisch, leistete Friedens- und Menschenrechtsarbeit und war ehrenamtlich aktiv. Meine Ansichten brachte ich gelegentlich bei Diskussionen im Unterricht zum Ausdruck und wurde dadurch schnell zum Außenseiter und zur Zielscheibe einiger geltungsbedürftiger Stimmungsmacher meiner Jahrgangsstufe. Obwohl ich lernte, mit den unterschiedlichen Provokationen auf meine Weise umzugehen und obwohl es mir gelang, dem permanenten sozialen Druck irgendwie standzuhalten, wurde meine Lebensfreude durch diese Erfahrungen stark beeinträchtigt und ein trübes Gefühl der Bedrückung machte sich breit.

In diesem Zusammenhang war es wie ein Lichtblick für mich, von dem Leben der Kretschmanns zu erfahren. Der Filmbeitrag im damaligen Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) hinterließ einen prägenden Eindruck bei mir, weil ich mich mit sehr vielen Aspekten aus dem Leben der Kretschmanns identifizieren konnte und zum damaligen Zeitpunkt bereits sehr ähnliche Ansichten vertrat.

Durch ihr vorgelebtes Beispiel, die Verwirklichung von edlen, humanistischen Werten und ihren beispiellosen Einsatz für Mensch und Na-



tur konnte ich durch die beiden Kretschmanns tief in mir Bestärkung und Zuspruch finden. Besonders ihre naturverbundene und konsequent vegetarische Lebensweise, ihr hohes Maß an Glaubwürdigkeit durch die Übereinstimmung von Wort und Tat, ihre Geradlinigkeit trotz schwieriger Lebensumstände und ihre ganzheitliche Lebenseinstellung stießen bei mir auf große Resonanz und Verehrung.

Wenige Monate später bin ich durch einen erneuten Zufall auf einen weiteren Fernsehbericht über die Kretschmanns in der Sendung ozon aufmerksam geworden. Diesmal überbrachte der Beitrag jedoch keine frohe Botschaft, da Erna damals am 6. Januar 2001 an einem Herzinfarkt sehr plötzlich gestorben ist, so daß aus diesem Anlaß an ihre einzigartige Persönlichkeit gedacht werden sollte. Diese traurige Nachricht traf mich wie ein heftiger Schlag, zumal noch die positiven Eindrücke aus dem ersten Film über ihre gelebte Menschlichkeit, Gutmütigkeit und Bescheidenheit in mir gegenwärtig waren. Wie viel größer mußte aber der Schmerz für Kurt gewesen sein, der von seiner geliebten Frau, Weggefährtin und so begnadeten Mitstreiterin völlig unerwartet Abschied nehmen mußte?

Kurzerhand habe ich mich dazu entschlossen, einen Brief zu schreiben, um ihm zumindest ein wenig Trost zu spenden und um ihn zu zeigen, daß es Menschen gibt, die an ihn denken und mit ihm mitfühlen. Was ich allerdings nicht voraussehen konnte, war, daß sich daraus eine sehr tiefe Freundschaft ergeben würde, die zunächst durch zahlreiche Briefwechsel geprägt war und sich im Laufe der Zeit durch viele persönliche Begegnungen und durch gemeinsames Wirken weiter intensivierte.

Fortsetzung folgt

Unser Autor Dipl.-Ing. Daniel Fischer arbeitet derzeit als Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 2001 bis 2006 studierte er an der Fachhochschule Eberswalde im Studiengang »Landschaftsnutzung und Naturschutz« mit Schwerpunkttrichtung »Umweltbildung«. In dieser Zeit veröffentlichte er auch zahlreiche Beiträge in der »Barnimer Bürgerpost«.

## Mit Schaufelrad gegen weitere Tagebaue

Greenpeace tourte am 4. Juni durch Eberswalde

Mit einem fünf Meter hohen, luftgefüllten Schaufelrad eines Braunkohlebagger besuchte Greenpeace am 4. Juni den Marktplatz von Eberswalde. Die Umweltschützer protestierten damit gegen klimaschädliche Energiegewinnung aus Braunkohle. Der Abbau und die Verfeuerung von Braunkohle setzt enorme CO<sub>2</sub>-Emissionen frei und heizt so den Klimawandel weiter an.

Für neue Tagebaue müssen Tausende Menschen ihre Heimat verlassen. »Mit der Braunkohle wird Deutschland seine Klimaziele verfehlen, dabei können die Erneuerbaren Energien den Bedarf längst decken«, sagte Anne Bartels, Sprecherin der Greenpeace-Gruppe. »Die Bundesregierung muß jetzt den Kohleausstieg vorbereiten.

Nur so kann der Klimawandel verlangsamt werden und die Menschen können in ihren Dörfern bleiben.«

Mit dem riesigen Schaufelrad tourt die unabhängige Umweltschutzorganisation bis Mitte August durch Deutschland, Tschechien und Polen. In Deutschland prangern die Aktivisten neben der verfehlten Kohlepolitik der Bundesregierung vor allem die Energiepolitik der Bundesländer Brandenburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen an, die trotz bekannter Risiken immer noch auf Braunkohle setzen. Mehr als 20 Städte stehen auf dem Tourplan, unter anderem Nürnberg, Köln und Leipzig. Anschließend geht es nach Tschechien und Polen.

JOHANNA PUMP, Greenpeace Eberswalde

## »Ein Heimatkundebuch für den Barnim«

Naturschutz-Broschüre soll zum Entdecken, Verstehen und Handeln einladen

**Eberswalde (prest-bar).** Unter dem Motto »Einladung zum Entdecken, Verstehen und Handeln« gebe die Naturschutz-Broschüre einen interessanten Überblick über die vielfältige Natur im Barnim, klärt Landrat Bodo Ihrke auf. Die Broschüre bringe dem Leser die heimische Natur näher und erinnere daran, daß wir uns hier ohne sie nicht wohl fühlen würden. »Es ist ein Heimatkundebuch für den Barnim«.

Das 116-seitige Werk enthält Beiträge von 31 Autoren. Ein sechsköpfiges Redaktionskollegium aus Naturschutzbeirat und Naturschutzbehörde hat sich ein knappes Jahr dieser Arbeit gewidmet und konnte zahlreiche Experten aus der Region gewinnen, Beiträge zu ihrem Fachgebiet beizusteuern. »Die Arbeit hat allen Beteiligten Spaß gemacht. Wir haben viel Zeit investiert, aber es hat sich gelohnt, das Ergebnis kann sich sehen lassen.« sagt Solveig Opfermann, Leiterin der Naturschutzbehörde. Ihr ist es besonders wichtig zu zeigen, »was Natur und Landschaft im Barnim ausmacht und so das Anliegen des Naturschutzes den Menschen, die hier leben, nahe zu bringen«. Das Heft sei »also auch eine Einladung zu mehr Kommunikation und Diskussion über Natur und Naturschutz«, so Solveig Opfermann weiter.

## Für Öffentlichkeit gesichert

Das Land Brandenburg hat aus dem ehemaligen Treuhandvermögen der Bundesrepublik weitere 51 Seen übernommen, teilte Finanzminister Christian Gohrke (DIE LINKE) mit. Sie sollen vorrangig der Öffentlichkeit zugänglich bleiben und in den Besitz der Kommunen übergehen. Im Landkreis Barnim betrifft das die Große Grube bei Ruhlsdorf (Gemeinde Marienwerder) mit einer Gewässerfläche von rund 8 Hektar. Damit ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung von Gewässern für die Allgemeinheit gemacht.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Sehenswerte Fotos illustrieren den Inhalt und zeigen die natürliche Schönheit und Vielfalt des Landkreises. Die Texte sind allgemein verständlich geschrieben und sollen möglichst die gesamte Bevölkerung ansprechen. Das Heft schlägt einen großen Bogen von den eiszeitlich entstandenen Landschaften und Böden, den Gewässern und den Kulturlandschaften bis hin zu den heutigen vielfältigen Lebensräumen und den darin vorkommenden Tieren und Pflanzen. Weiterhin wird die Tätigkeit des Menschen in der Natur beleuchtet und die Barnimer Handlungsansätze zum Miteinander von Mensch und Natur vorgestellt. Dabei erfährt der Leser einige wissenswerte Fakten, die sicher nur wenigen bekannt sind.

Hochwertige Fotos, darunter Luftaufnahmen genauso wie Abbildungen mikroskopisch kleiner Lebewesen, ergänzen die Texte anschaulich. Interessierte können sich beispielsweise über die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt im Siedlungsraum belehren oder sich über die meist unbeachteten kleinen Lebewesen ein Bild machen. Außerdem erfährt der Leser auch einiges über die Strukturen des Naturschutzes im Landkreis. So erklärt ein Text unter anderem die verschiedenen Schutzgebietskategorien und ein anderer die Aufgaben der unteren Naturschutzbehörde. Im Informationsteil finden sich dann ergänzende Übersichtskarten, erstmals eine Liste zu den 303 Naturdenkmälern, eine Übersicht über die 90 verschiedenen Schutzgebiete im Landkreis sowie einige wichtige Adressen und Ansprechpartner zur Thematik Naturschutz.

Die Broschüre mit dem Titel »Landkreis Barnim – Reich an Natur« wurde dem Thema entsprechend klimaneutral gedruckt. Die 1. Auflage erschien mit insgesamt 5.000 Exemplaren, die in der Kreisverwaltung und in den Gemeinden kostenlos erhältlich sind. Als Datei ist das Heft unter [www.barnim.de](http://www.barnim.de) zu finden.

## Die Arktis retten

Greenpeace-Graffiti-Aktion in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** Am 24. Mai war Freiwilientag in Eberswalde. Die Eberswalder Greenpeace-Gruppe um Johanna Pump und Marcel Starfinger war mit dabei. In der Cottbuser Straße im Brandenburgischen Viertel gaben sie unter Anleitung des Graffiti-Künstlers Enrico Ravené, der seit einigen Monaten selber bei Greenpeace aktiv ist, einem Stück grauer Betonfassade an einem Wohnblock der Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) neue Farbe.

Thema der Graffiti-Aktion ist der Schutz der Arktis. »Es geht darum«, sagt Marcel Starfinger, »daß die Firma GAZPROM in der Arktis nach Erdöl bohrt. Das ist unserer Meinung nach viel zu riskant. Es gibt keine Methode, um Eis von Öl zu befreien.« Greenpeace fordert, daß ein Schutzgebiet in der hohen Arktis eingerichtet wird. »Wir haben dafür schon weltweit 5 Millionen Unterschriften gesammelt und werden das im September bei der UNO einreichen. Mit dieser Graffiti-Aktion wollen wir auch hier in Eberswalde ein Zeichen dafür setzen.«

In der Antarktis gibt es so eine Schutzzone bereits seit 1998. Dort ist jegliche industrielle Nutzung verboten. Nur Forschung ist erlaubt. Marcel Starfinger ist optimistisch, daß dies auch in der Arktis gelingt. Der Öl-Konzern Shell geht angesichts der Proteste bereits zurückhaltender mit seinen Förderplänen in der Arktis um. Das russische Energieunternehmen GAZPROM hat hingegen bereits mit der Förderung begonnen. Eine spezielle Technologie für die Förderung im ewigen Eis gibt es nicht. GAZPROM nutzt vielmehr ausrangierte Ölplattformen aus der Nordsee. Erst kürzlich hatten Greenpeace-Aktivisten in den Niederlanden die Bohrplattform Saturn, die GAZPROM gehört und in die Arktis transportiert werden soll, vorübergehend blockiert.



Mit dabei waren vor allem Kinder und Jugendliche aus dem Brandenburgischen Viertel. Tim Hahn wohnt in der Cottbuser Straße und sprühte spontan mit. Tim erzählt, daß sie sich mit dem Thema »Schützt die Arktis« schon in der Schule beschäftigt haben. An seiner Seite Leon Pogorzelski und Michael Zhurbenko, die ebenfalls in der Nachbarschaft wohnen (Foto).

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

## Alptraum

*Dieser Tage habe ich wirres Zeug geträumt. Im Traum sitzt Kumpel Uli neben mir im Sambadrom. Wir schwitzen stark und trauen unseren Augen nicht. Angeführt von einem Herrn im Rollstuhl zieht eine bunte Truppe mit Fahnen vorbei. Zwei kleine gut frisierte Damen kommandieren den wilden Haufen und bemühen sich um Disziplin. Ein paar Dicke spielen laute Marschmusik. Mit kräftigen Sambarhythmen bringen sie die Marschordnung der streitbaren Heldinnen und Helden durcheinander.*

*Es ist schrecklich laut und heiß. Ein schweres Parfüm liegt in der Luft. Die gemischte Truppe aus ältlichen Damen und Herren in teuren Anzügen und feinen Kostümen kommt mit dem Gleichschritt nicht klar. Sie gestikulieren heftig, schubsen und streiten sich um die besten Plätze bei den gut frisierten Damen und den lauten Dicken. Vielleicht sollten sie öfter und länger üben? Oder sie sind schon zu alt?*

*Ob der bunten Truppe eine Umgehungsstraße helfen würde? Ein eifriger Revierpolizist stellt rote Ampeln auf, um den Zug zu ordnen. Das Durcheinander nimmt zu.*

*Die beiden gut frisierten Damen und der Polizist bekommen nichts und niemanden in die Reihe. Es wird lauter. Aus dem Gewimmel ragt ein stattlicher pastoraler Herr und verkündet Wichtiges über einen Lautsprecher. Die Truppe soll sich endlich formieren und uns vor bösen Vandalen aus dem Niemandland schützen. Diese aggressiven und hinterlistigen Typen mit langen Bärten und widerlichen Gerüchen wollen aus unseren Gärten Radieschen klauen. Über die Worte des stattlichen Herrn regt sich ein kleiner, feister Herr mit Glatze auf. Über diesen schimpft die runde Dame im bunten Kleid mit den roten Haaren. Darüber ist ein Mann in Lederhose furchtbar erzürnt und bekommt fast einen Infarkt. Ein junger Herr ist besorgt. Der Herr im Rollstuhl will den Ripeln Bezüge kürzen. Es hilft alles nichts. Das Chaos wächst an.*

*Uli hat gar keinen Garten und bei uns fressen die Hunde die Radieschen auf. Trotzdem imponiert uns das bunte Treiben. Wir würden gerne mit ihnen ziehen, schon wegen der Samba und dem wilden Durcheinander. Eine dicke Frau verspricht uns ungefragt den Mindestlohn. Die kleine dünne Frau garantiert den Heimplatz für Ulis Dackel und Elternzeit sowie Chauffeur für meine Frau, obwohl unsere Kinder schon groß sind. Endlich finden wir einen grimmigen Herrn mit Brille, der ein Formular für den formellen Antrag überreicht.*

*Nach einer Stunde kommt der Bescheid vom Ersatzamt. Leider dürfen wir nicht mitmachen, weil wir in fremden Streitkräften gedient haben. Das ist Mist. Uli und ich sind traurig.*

*Ob die fremden Streitkräfte auch ins Niemandland ziehen?*

Dr. MANFRED PFAFF

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 9)

## Parteien contra Grundgesetz

von Dr. Rainer Thiel

**Die Parteien müßten sich etwas einfallen lassen, um das Volk von der Angst um Arbeitsplätze zu befreien. Stattdessen reden sie dem Volke ein, »Wachstum, Wachstum, Wachstum« könnte sie zur Freiheit führen.**

Doch »Wachstum« wird von der Wirtschaft gelenkt. Dazu will die Wirtschaft unsere Steuergelder haben, unseren Inflationsausgleich, unsere Renten, unsere Gelder für Bildung und Soziales. Die Wirtschaft will ja »investieren«. Doch wozu? Erstens um ihre Herrschaft auszubauen, zweitens um uns aller paar Jahre in eine neue Krise zu stürzen, denn gar nicht alles, was produziert wird, kann gekauft werden, und nicht alles ist auch sinnvoll, drittens um den ökologischen Umbau zu bremsen, den wir zur Bewahrung unsrer Mutter Erde erstreben.

Alles das zu respektieren würde dem Wesensgehalt des Grundgesetzes entsprechen. Doch die Parteien bemühen sich nicht darum, sie wollen es auch gar nicht. Darum sind sie zumindest überflüssig.

Doch es ist noch schlimmer: Parteien berufen sich auf Gesetze, die sie selber gemacht haben, um der großen Wirtschaft zu dienen. Parteien haben das Recht verwirkt, anstelle des Volkes Gesetze zu machen. Denn sie machen Gesetze, die von der großen Wirtschaft gewünscht werden.

Die Parteien würden noch eine Chance haben, wenn sie sich öffnen würden für die Forderung:

**Nicht mehr so lange wie bisher roboten in Fabriken und Büros, nicht mehr 41 Stunden in der Woche, nein, sondern 30 Stunden, und das mit vollem Lohnausgleich. Dann würden auch Arbeitsplätze frei für die Ärmsten der Armen, die jetzt auf Hartz IV angewiesen sind. Und ganz schnell für alle nur noch 30 Stunden anstatt 41, Gewinn an Freizeit, das käme den Familien zugute, den Kindern, dem eigenen Hobby, der Gesundheit und der Weiterbildung.**

Und die Bundesbürger hätten endlich mal ein bißchen Zeit zum Selber-Denken in Politik, Zeit für eigene politische Willensbildung, frei von »Mitwirkung« durch Parteien.

Darüber habe ich mit vielen Dutzend Mitbürgern gesprochen. Sie hatten noch nie etwas gehört von der Chance, sich von der Angst um den Arbeitsplatz zu befreien. Donnerwetter: Noch etwas gehört davon trotz »Mitwirkung der Parteien« bei ihrer Willensbildung! Und wenn

sie ihren Arbeitsplatz für sicher halten, dann wünschen sie doch endlich mehr Freizeit. Schon nach kurzem Gespräch sind meine vielen Partner begeistert.

Nur einmal traf ich auf einen Maschinisten. Sein Beruf ist interessant und sinnvoll, ich gratulierte ihm. Aber dann meinte er: Mit mehr Freizeit wüßte er nichts anzufangen. Da sage ich »o weh«. Wenn er mit mehr Freizeit nichts anzufangen weiß, dann ist seine staatliche Schule unfähig gewesen, seinem Recht auf Entwicklung der Persönlichkeit gerecht zu werden. Auch das fällt auf den Staat der Parteien zurück. Vierundsechzig Jahre haben sie Zeit gehabt, und nun auch das noch.

Konzepte für die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Personal- und Entgeltausgleich gibt es seit langem. Aber Parteien mit ihren tausenden Mitarbeitern in Büros und Parlamenten wollen das nicht mal zur Kenntnis nehmen. Nicht mal die Linkspartei will es. (Da gäbe es viel zu erzählen.) Parteien wollen nur der großen Wirtschaft dienen. Die große Wirtschaft will den Druck der Angst nicht aufgeben. Druck der Angst ist ja ihr wirkungsvollstes Herrschaftsinstrument. Die große Wirtschaft will auch nicht ein paar Milliarden hergeben, um den Entgeltausgleich zu finanzieren. Experten schätzen, daß pro Jahr ca. 160 Milliarden genügen würden – ein Klacks für die große Wirtschaft, ein Klacks für die Banken, die Jahr um Jahr vom Steuerzahler gestützt werden, um immer noch mehr Profit machen zu können.

Nehmen wir nun mal an, die Mehrheit des Volkes würde die 41-Stundenwoche wollen. Dann könnten ja Parteien bei der Willensbildung des Volkes mitwirken, damit das Volk zur Vernunft käme. Aber nein, Parteien mit ihrer Gesetzgebung führen den Willen der großen Wirtschaft aus und sorgen für ihre eigne Parteien-Existenz, damit das Volk unmündig bleibe und seinen Willen durch Parteien prägen lasse. Das verstehen Parteien unter »Mitwirkung bei der Willensbildung des Volkes«.

Damit haben sich die Parteien nicht nur überflüssig gemacht. Sie handeln gegen Interessen des Volkes, sie sorgen sich um eigne Vorteilsnahme, sie unterlaufen das Grundgesetz.

### Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, jeden zweiten Mittwoch im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Frank Gaethke gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin ist am Mittwoch, dem 9. Juli, von 10 bis 13 Uhr. **ANDREA HOEHNE**

# Berlin geht nach der Uhr – ein Verkehrsratgeber

**Der deutsche öffentliche Nahverkehr, und da steht Berlin als Leuchtturm da, ist etwas, worum uns die Welt und auch gerade die Amerikaner beneiden. Während andere Metropolen von den Highways nur so zerschnitten werden, dominiert in der deutschen Hauptstadt die S-Bahn und die U-Bahn. Diese beiden Fortbewegungsarten haben ihren besonderen Reiz, aber auch ihre besonderen Herausforderungen.**

Wenn es nach der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) ginge, sollte jeder Berliner ein Jahres-Abo für den öffentlichen Verkehr abschließen. Damit fährt man dann sogar über zwei Monate gratis! Allerdings ist das kleine Kärtchen erst für den schlappen Preis von 914 Euro zu haben. Reiche Rentner zahlen für das Gesamtnetz sogar nur 571 Euro. Für arme Hartz-4-Empfänger gibt es keinen Tarif. Sonst ginge die BVG bzw. die S-Bahn pleite.

Aber betrachten wir zunächst die Seite der Fahrgäste: Meistens jedenfalls, kann man in der S-Bahn entspannt sitzen und nach draußen schauen, wie die Stadt-Landschaft langsam vorbeigleitet. Es ist eine Dia-Schau der unterschiedlichsten Architektur-, Wohn- und Wirtschafts-Stile und die Mitreisenden nimmt man zwar wahr, doch sind sie nicht so präsent. Die S-Bahn fährt ruhig und hat ihren Rhythmus.

In einer Viertelstunde ist man von Gesundbrunnen bis Ostkreuz. Von da wieder eine Viertelstunde bis Südkreuz. Und von Südkreuz bis Westkreuz ist es, Sie ahnen es, auch wieder nur 15 Minuten weit. Die Ringbahn schließt sich in Gesundbrunnen, wo der rot-gelbe Triebwagenzug nach genau einer Stunde wieder am Ausgangsort ankommt. Berlin geht also nach der Uhr! Natürlich kann man auch in der Gegenrichtung fahren. Von Nord nach Süd bzw. von West nach Ost durchquert man die Innenstadt in nur 28 Minuten, mit dem Kreuzungspunkt Friedrichstraße nach jeweils 16 bzw. 12 Minuten Fahrtdauer, z.B. von Ostkreuz aus.

U-Bahn fahren ist eine ganz andere Sache: Man muß in den Bauch der Berliner Erde und die Bahnsteige sind immer voll mit Menschen. Für Klaustrophobiker nicht so geeignet. Dafür sind in der U-Bahn die Stoiker gefragt, die Schläfer, die Smartphone-Tipper, aber auch die Flirter haben jetzt große Chancen. Denn wohin soll man schauen? Draußen ziehen rasend schnell schwarze Wände vorbei, und in der U-Bahn sitzt man sich gegenüber und muß damit klarkommen, plötzlich wildfremde Menschen anzustarren, mit denen man lieber nichts oder vielleicht doch gerne etwas zu tun haben möchte. Und der schönste Flirt endet abrupt, wenn sie oder er aussteigen muß. Berlin ist grausam! Vorbei, verweht, nie wieder ...

Die U-Bahn, die in Berlin immer in kräftiger Eigelbfarbe daherkommt, ist schneller als die S-Bahn. Man kommt von Station zu Station fast im Minutentakt, während es bei der S-Bahn eine Drei-Minuten-Strecke ist. Aber der Haupttakt von Berlin, seine ureigenste Schwingung, das sind 20 Minuten. Während die U-Bahnlinien in der Regel starr sind, mit festen Richtungen, schwingt das Berliner S-Bahn-System in einer fein austarierten Harmonie, deren Richtungsgeber die großen



Langstrecken sind. Die Endpunkte der großen Linien, also Potsdam und Ahrensfelde, Blankenfelde und Bernau, Spandau und Strausberg, Oranienburg und Wannsee werden im 20-Minuten-Rhythmus angefahren.

Dazwischen werden die Strecken verdichtet, das heißt z.B. alle 20 Minuten fährt ein Zug von Wannsee nach Mahlsdorf, und, schon haben wir auf der inneren Strecke einen 10-Minuten-Rhythmus. Weil sich aber zwischen Ostkreuz und Westkreuz, zwischen Südkreuz und Bornholmer Straße viele Linien bündeln, so führen die Zugbewegungen aus Hohenschönhausen, aus Ahrensfelde, aus Strausberg und aus Erkner kommend, auf der Stadtbahn zu einem 2-Minuten-Rhythmus der S-Bahn. Will man also nicht weit fahren, kann man sofort jeden Zug nehmen, um z.B. von Ostbahnhof den Savignyplatz im Westen zu erreichen. Will man jedoch nach weiter außerhalb, nach JOTTWED, dann muß man u.U. maximal 20 Minuten warten, um in »seine« Bahn einzusteigen.

Die Fahrtzeiten von Endpunkt zu Endpunkt sind beachtlich: Von Ahrensfelde bis Potsdam fährt man eine Stunde und 3 Minuten, ebenso von Hennigsdorf bis Teltow; von Spandau bis Strausberg Nord sind es sogar 1,5 Stunden. Woran denkt man da unwillkürlich? Richtig, an eine Toilette! Die gibt es aber in den Zügen nicht, und auf den meisten S-Bahnhöfen auch nicht. Da gilt es, eine gute urologische Planung einzuhalten. Das gilt für Fahrgäste, ebenso aber auch für die Zugführer, wobei letztere wahrscheinlich gewisse »Dienstbehälter« für den Notfall in der Kabine haben.

Das fein austarierte System des Berliner Nahverkehrs, mit seinen Einfädelungen und Ausfädelungen, stellt höchste Anforderungen an Personal und Technik. Im Minutentakt

müssen die Weichen richtig gestellt werden, damit die Oranienburger S-Bahn nicht nach Bernau, damit die Wannsee-Bahn nicht nach Spandau fährt. Umgekehrt dürfen sich die Züge nicht alle gleichzeitig einfädeln. Deshalb ist der Fahrplan die oberste Bibel der S-Bahn. Nur wenn alles pünktlich fahren kann, funktioniert das ganze System. Fällt nur eine Weiche irgendwo aus, wegen Schnee oder Defekt, ist das Chaos programmiert.

So lebt der Berliner also zwischen perfektem Timing, das wie ein Räderwerk einer Schweizer Taschenuhr funktioniert, und dem Chaos, das ab und zu über ihn hereinbricht, wenn nichts mehr geht, wenn die Züge aus allen Nähten platzen, wenn 20 Minuten im eisigen Wintersturm recht ungemütlich werden können. Wenn man es nicht mehr hören kann: »Liebe Fahrgäste! Wegen einer technischen Störung kommt es auf der Strecke ... zu Zugausfällen ...« Doch ohne S- und U-Bahn wäre Berlin nicht mehr Berlin. Das sind die Blutadern einer Weltstadt von 3,5 Millionen Einwohnern, die, so hat es jemand errechnet, sogar auf 6 Millionen wachsen könnte, ohne daß die S-Bahn-Leistungsfähigkeit geschwächt wäre. Beschützen und bewahren wir also unsere S-Bahn! Und lassen wir sie nicht kaputtsparen!

Das größte S-Bahn-Netz in Deutschland hat allerdings nicht Berlin, sondern München, die bayerische Landeshauptstadt. Dort kann man sich nämlich, nach einem Besuch auf dem Viktualienmarkt, gemütlich in einen (unterirdischen) Zug setzen und sich bis an den Starnberger See kutschieren lassen. Doch die Berliner S-Bahn ist eindeutig die Schöneren ... mit ihrem Rot-Gelb und ihrem unvergleichlichen Stadtpanorama!

## Die Strafe kommt

Überall, wo Unruhen entstehen und Kriege vom Zaune gebrochen werden, liegt die Vermutung nicht fern, daß die USA dahinterstecken. Die Erfahrung lehrt es: ob in den 1950er Jahren in Korea, in den 1960er und 70er Jahren in Vietnam, 1973 in Chile bis hin zur Bombardierung Jugoslawiens im Jahr 1999 und den »Weltordnungskriegen« des 21. Jahrhunderts. Nun also in der Ukraine, wo die USA in den vergangenen Jahren 5 Milliarden Dollar »investierten«, um die Lage zu destabilisieren und eine von Faschisten durchsetzte Marionettenregierung an die Macht zu hieven. Sogar die Springerpresse berichtet inzwischen von den in der Ukraine agierenden Söldnern der US-Firma »Academi«, die unter dem Namen »Blackwater« schon im Irak infolge ihrer Willkür und Brutalität, der zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, in die Schlagzeilen geraten war. Immer wieder sind es dieselben Kriegstreiber und Kriegsverbrecher, die Völker gegeneinander aufhetzen und Blutvergießen inszenieren, damit sich ihre Kassen füllen.

Auch die BRD macht sich immer wieder schuldig und strafbar den friedliebenden Völkern gegenüber. Als drittgrößter Rüstungsexporteur in der Welt profitieren auch die BRD-Rüstungskonzerne von diesen Kriegen. Pfarrer Gauck weiß nichts mehr von den Schwertern, die zu Pflugscharen werden sollten, mutierte zum Kriegshetzler im Präsidialamt.

Doch die Menschheit ist wach geworden. Es spricht sich herum, wer am Krieg verdient und an den weltweiten Krisen interessiert ist.

Resultat der Kriege gegen Jugoslawien war eine Zerstückelung des Landes sowie Not und Elend für die Menschen. Leute wie Genscher, Schröder und Fischer tragen dafür die Verantwortung. Nun steht die Ukraine davor, ebenfalls zu zersplittern. Wohnviertel, Krankenhäuser und Schulen werden bombardiert und zerrümmert, Menschen ermordet und verwundet und am Ende dieser Kriege und Verwüstungen soll dann wieder gespendet werden.

Entgegen der allgegenwärtigen Propaganda ist den meisten Menschen klar, daß Rußland nicht die Schuld trägt an der aktuellen Eskalation in der Ukraine. Wenn Rußland nach US-Maßstäben handeln würde, wäre die russische Armee längst in Kiew. Es muß fast erstaunen, mit welcher Zurückhaltung der russische Präsident Putin agiert, dürfte doch klar sein, daß Rußland eine Einverleibung der Ukraine in die NATO nicht so einfach tolerieren kann.

Eine weitere Eskalation in der Ukraine bedient US-Ziele, liegt aber nicht im Interesse von Deutschland und Europäischer Union. Das wissen die einfachen Menschen. Und das weiß auch Putin. Es ist zu hoffen, daß diese Erkenntnis auch bis zu unseren Regierenden durchdringt.

Allen Kriegshetzern sollte klar sein: Es kommt die Zeit, wo die Strafe folgt.

NORBERT GLASKE

## Buchenwald! Nicht vergessen!

**Vor 40 Jahren befreiten sich – kurz vor dem Eintreffen der Alliierten – die Buchenwald-Häftlinge aus eigener Kraft und retteten vielen aus ihrer Mitte das Leben. Einer von ihnen, einer der Jüngsten, war 17, als die Hölle für ihn zu Ende war. Sie begann 1942, als er gerade 14 Jahre alt war. Jetzt lebt er unter uns in Eberswalde als ergrauter Mann. Wer immer noch nicht weiß, um wen es sich handelt, der, aus Anlaß des Jahrestages der Befreiung Buchenwalds, mit der Bundesverdienstmedaille durch unseren Ministerpräsidenten, Herrn D. Woidke, ausgezeichnet wurde: Es ist Gert Schramm.**

Am 17. Mai erzählte er mit ruhiger Stimme in einer gut besuchten Veranstaltung des Rot-Fuchs-Fördervereins in der »Schleusen Oase« über sein Leben, das im Jahr 1945 ein zweites Mal begann. Denn die Nazis wollten es auslöschen, nur weil er eine andere Hautfarbe hatte.

Er war das Kind eines Kuba-Amerikaners und einer deutschen Mutter, die in ordentlicher Ehe auf einem kleinen Dorf in der Nähe von Langensalza wohnten. In diesem fast 100% von Katholiken bewohnten Dorf hatte bis weit in die Nazizeit hinein der Dorfgeistliche das Sagen. Die drei Nazifamilien besaßen bis weit in den Krieg 1939-1945 hinein keinen Einfluß. So konnte Gert unbehelligt bis 1942 die Schule besuchen. Schwierigkeiten bereitete das Finden einer Lehrstelle für den 14-Jährigen, der so gern Autoschlosser werden wollte. Aber wegen seiner Hautfarbe war er nicht »arisch« genug, um für eine ordentliche Ausbildung zugelassen zu werden. Über die Bekanntschaft seiner Mutter mit der Frau eines Schlossermeisters in Langensalza, durfte er als Gehilfe in der Werkstatt arbeiten und auch ohne Lehrvertrag lernen, bis...

Am 6. Mai 1942 saß Gert unter einem Auto in der Montagegrube, als mit barschem Ton auf dem Hof nach ihm gefragt wurde. Es waren Zivilisten, die ihm befahlen: »Schramm rauskommen!«. Er wurde ohne jede Erklärung, so wie er ging und stand, abgeführt. Die Schikanen begannen mit dem Gang zur Polizeidienststelle des Ortes, die über keine Arrestzellen verfügte. So landete er in der Besenkammer. Endlose sinnlose »Verhöre«, tagelang, ohne essen und trinken. Dann eine Polizeizelle mit 3-Stockbett und einem winzigen Fenster auf einen angrenzenden Schulhof. Gert berichtet: »Dort entdeckte mich der Hausmeister, der einen Schlüssel besaß und mich 4 Wochen lang mit Nahrung versorgte. Sonst wäre an diesem Ort wohl mein Leben schon zu Ende gewesen. Auf dem Körper hatte ich wochenlang immer noch die Arbeitsklamotten aus der Montagegrube. Schließlich kamen zwei uniformierte Polizeibeamte, verpaßten mir eine ausgehende, viel zu große Polizeihose, legten mir Handschellen an und trieben mich mit vorgehaltenem Karabiner zum Bahnhof, in ein 3. Klasse-Abteil des Zuges nach Erfurt.«

Ergreifend waren die Detaildarstellungen über die Vorgänge in der GESTAPO-Haft in Erfurt. Besonders hervor tat sich der Wachführer, SS-Unterscharführer Willy Wagner. Jeder kannte ihn wegen seiner Wutausbrüche, bei denen er die Häftlinge mit Fußtritten und Schlägen mit dem schweren Schlüsselbund ins Gesicht regelrecht traktierte.

Es müssen Wochen des Märtyriums gewesen sein, bis es wieder »auf Transport« ging. »Vorher mußte ich noch auf einem roten Blatt unterschreiben, daß ich nun 'Schutzhaftgefangener' war. Im Fall der Ablehnung hätte mich laut Androhung der Tod erwartet. Unser Zielbahnhof war Buchenwald. Schwerbewaffnete SS-Leute trieben uns mit Tritten und Kolbenhieben aus den Waggons. Ein SS-Mann fixierte mich und schrie mich an: 'Junge, bist Du ne blöde Sau'.«

Wer hat den Begriff »Karacho-Weg« noch nicht gehört? Im Laufschrift wurden die Neuangekommenen zum Lager-Tor mit der heute noch zu lesenden Überschrift: ARBEIT MACHT FREI getrieben. Wer hinfiel, war verloren! Auf dem Appellplatz angetreten, hielt der SS-Lagerführer Merzhofer eine kurze Ansprache, die mit dem Satz endete: »In meinem Lager gibt es nur Lebende und Tote.«

Gert Schramm: »Nie werde ich das Trauma der 'Singenden Pferde' vor den Totenkamern im Lager Buchenwald vergessen. Es ist den politischen Häftlingen, denen ich als Kind einfach zugeordnet wurde, zu verdanken, daß ich heute hier bei Euch sitzen kann. Sie haben mir das Überleben ermöglicht. Im 'Schwur von Buchenwald' haben wir uns für ein Leben gegen den Rassismus ausgesprochen. Nach all dem, was ich erlebt habe, schlägt mein Herz links.«

Schließlich zog er Parallelen zu den aktuellen Ereignissen: »Unvergessen bleiben mir die ukrainischen SS-Schergen des Lagers Buchwald, womit ich die Verbindung zu den faschistoiden Übergriffen in der heutigen Ukraine sehr wohl nachvollziehen kann. Nie sollten die Ausgebeuteten vergessen, daß sie es sind, die die Lasten des Rassismus und kriegerischer Auseinandersetzungen zu tragen haben. Wo die Mächtigen des Kapitals, besonders die aus den USA, ihre Hände im Spiel haben, geht es den einfachen Menschen schlecht. Ich bin immer gern bereit, jungen Menschen an meinem Schicksal die Augen über den Faschismus zu öffnen.«

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Die Veranstalter des Leserforums geben zur Kenntnis, daß Ende August in Fortsetzung der Gespräche um den Frieden und den Kampf gegen den Rassismus der bekannte Wissenschaftler, Theologe und Vorsitzende der VVN/BdA Deutschlands Prof. Dr. Heinrich Fink bei uns zu Gast sein wird. In der August-Ausgabe der BBP und der Zeitschrift RotFuchs werden der Ort und der genaue Termin des Vortrags bekannt gegeben. Helmut Braunschweig im Auftrag der Regionalgruppe Eberswalde des RotFuchs-Fördervereins

Buchtip:

## Das Deutsche Reich von 1914

Europäische Konföderation und Weltreich – ein Buch von Bernd F. Schulte

100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges geht es um dessen Anlaß und tiefere Ursachen. Von der Einleitung des Buchs, in deren Zentrum eine hier erstmals veröffentlichte Denkschrift des Legationsrates an der Kaiserlichen Botschaft in Wien, Dietrich von Bethmann Hollweg für den Reichskanzler aus dem Juni 1914 steht, wird die besondere wirtschaftliche Schwäche Österreich-Ungarns als auslösender Faktor für den Entschluß zur Risikopolitik des Deutschen Reichs im Juli 1914 (nach Schulte »*Policy of Pretention*«), geliefert.

Neben der Tatsache, daß angesichts des verlorenen Nachlasses des Kanzlers Theobald von Bethmann Hollweg jedes Stück Papier zu 1914 von besonderem Wert ist, macht diese Denkschrift verständlich, daß der Reichskanzler (nach dem unvollständigen Riezler-Tagebuch) derartig verschwommen-unheilvolle Äußerungen tätigen konnte, als er am 5. Juli 1914 – unter den Linden von Hohenfinow – mit seinem Assistenten Kurt Riezler den Tag der Entscheidung ausklingen ließ.

### Die Entscheidung war gefallen, der Stein im Rollen.

Vor welchem weltanschaulichen Spektrum es zu diesem Entschluß kam, zeigt ein Blick auf den Briefwechsel zwischen Theobald von Bethmann Hollweg und dem Universalhistoriker Karl Lamprecht, dessen Schulfreund. Es wird entwickelt, wie Deutschland ungebrochen auch nach 1909 Weltmacht werden wollte. Daß quasi in einer Stufenfolge unter zunehmender Intensität, Rußland von England und Frankreich zu trennen sei und England auf Deutschland zuzwingen sei (Bethmann Hollweg, Februar 1911), bildete die Intension. Das Band zu den Westmächten werde darauf Deutschland Bewegungsspielraum für weitere weltumspannende Aktivität gewähren.

Erst im Krieg (während des Winters 1914/15; Bethmanns einsames Weihnachtsfest an der Front) wurde dann deutlich, daß dieses

## Kein »gezielter Griff nach der Weltmacht«?

Der Hamburger Historiker Fritz Fischer hatte in den 1960er Jahren über Deutschlands gezielten »Griff nach der Weltmacht« als Ursache für den 1. Weltkrieg geschrieben und damit in der BRD eine heftige Debatte ausgelöst. Er bestätigte das, was Rosa Luxemburg bereits 1915 in ihrer »*Juniusbroschüre*« aufgeschrieben hatte.

»Doch längst sind Historiker von den Fischer-Thesen abgerückt« heißt es jetzt heißt immer öfter – zuletzt in der MOZ vom 28./29.6.2014 (Camillo Kupke: »*Direkt zur Schlachtbank*«). Das paßt zum Mainstream einer Zeit, in der Bundespräsident Joachim Gauck keine Gelegenheit ausläßt, von der »*Verantwortung Deutschlands*« zu faseln, wenn er meint, die

Ziel allein durch den Sieg über England erreichbar wäre. Nun, im Krieg der Waffen, bedeutete diese Erkenntnis ein komplettes »*renversement des frontières*« der Grundausrichtung Bethmannscher Außenpolitik. Zuvor sollte (nach Lamprecht) durch wirtschaftliche Kulturpolitik, durch den Zusammenschluß eines um Deutschland gravitierenden Europa mit China (damals 400.000 Millionen), der Aufstieg des europäischen Kulturraumes zur Weltmacht (gegen oder in Nachfolge auf England) gelingen.

Im Krieg ging dann Lamprecht im Auftrage des Kanzlers nach Belgien, um hier das Zentralproblem eines künftigen, gegen England gerichteten Europas unter deutscher Führung zu explorieren.

Hier, in Belgien entschied sich der Erste Weltkrieg. So die Erkenntnis Moltkes (Februar 1913), Tirpitz' und Bethmanns. Eine belgische Küste in deutscher Hand würde das Britische Empire nicht ertragen (Moltke). Darin waren sich in Berlin General- und Admiralstab (Armee und Flotte) einig. Dahin zielte – in seltener Einmütigkeit – der bislang als militaristisch apostrophierte deutsche Aufmarsch- bzw. Kriegsplan seit spätestens 1903/04.

Keinesfalls vorstellungslos gingen demnach die deutsche Führungseliten aus Wirtschaft, Politik und Militär in den Krieg von 1914. Die Gewißheit herrschte, dieser werde kommen. Eine andere Form der Entscheidung wurde in dieser Welt von Gestern – in einer Art Betriebsblindheit – nicht gesehen.

Bernd F. Schulte: Das Deutsche Reich von 1914 – Europäische Konföderation und Weltreich.

Dr. Schulte · Abteilung Geschichte und Zeitgeschehen. Hamburger Studien zu Geschichte und Zeitgeschehen, Reihe II, Band 2. Hamburg 2012. Herstellung: Books on Demand GmbH, Norderstedt. »Das Deutsche Reich von 1914« von Dr. Bernd Schulte ist dieser Tage auch als E-Book erschienen.

Bundeswehr müsse in allen Ecken der Welt intervenieren. Dazu wird die Historie passend umgeschrieben. Das Fell reingewaschen. Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus, der zwei Weltkriege zu verantworten hat, wird schöneredet. Der »*Kriegsausbruch*« quasi ein Betriebsunfall der Geschichte, an dem alle und niemand Schuld tragen. Bethmann Hollweg war friedliebend und Deutschland hatt im August 2014 gar keine Kriegsziele, läßt uns Camillo Kupke wissen...

Gut, daß es auch Historiker wie Bernd F. Schulte gibt, der akribisch die gegenteiligen Beweise auf den Tisch legt.

GERD MARKMANN

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Aktionstag UNESCO Weltnaturerbe Grumsiner Buchenwald, Konzert und Führungen

5. Juli 2014, Sonnabend,

Die Gemeinschaftsveranstaltung von Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V., Förderverein Dorfkirche Altkünkendorf e.V., Musik- und Kunstschule »F. W. von Redem« und der Naturwacht des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin startet um 13 Uhr an der Dorfkirche Altkünkendorf mit Führungen zum Weltnaturerbe. Um 15 Uhr werden an der Kirche Kaffee, Kuchen und Erfrischungsgetränke angeboten, bevor um 17 Uhr das Konzert in der Kirche beginnt.

Im ersten Teil trägt der Kammerchor der Musik- und Kunstschule »F. W. von Redem« Chorwerke von H. Schütz, J. H. Schein, F. Mendelssohn vor. Im zweiten Teil gibt es dann jazzige Chor- und Instrumentalmusik. Die künstlerische Leitung hat Dorothea Janowski.

Treff: Touristinformation an der Kirche, Altkünkendorfer Straße 19, 16278 Angermünde Ortsteil Altkünkendorf

Die Führungen gestalten verschiedene Anbieter. Die Teilnehmer an der Führung der NaturFreunde unter Leitung von Hartmut Lindner tun automatisch noch etwas Gutes, denn die NaturFreunde spenden die Hälfte ihrer Einnahmen für den Altar der Kirche.

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com ist unbedingt erforderlich. Das Konzert ist kostenfrei. Es wird aber um Spenden für einen neuen Altar gebeten. Die Gebühren für die Führungen betragen für Erwachsene 10 Euro, ermäßigt Kinder 5 Euro.

## Omas liebste Katze wird zu Omas Pferd Darth Vader

Kinder im Alter zwischen acht und zwölf Jahren sind in der ersten Ferienwoche zu einer spannenden Theaterwoche eingeladen. Vom 14. bis zum 18. Juli entwickeln Anna Siegenthaler und Hamze Bytyci mit den Kindern eine spannende Geschichte. Das bedeutet viel Spiel, Spaß und Abenteuer.

Los geht es immer um 9 Uhr und um 15 Uhr ist Ende. Es gibt ein Mittagessen und alles ist kostenfrei.

Am Freitag, dem 18. Juli, begrüßen wir dann am Nachmittag gern die Eltern der teilnehmenden Kinder zu einer kleinen Präsentation.

Durchführungsort ist der Seminarraum der Ausstellungsbaracke und der Hof am Erinnerungsort Eisenspalterei (EXIL, Am Bahnhof Eisenspalterei, 16227 Eberswalde). Wir bitten um Anmeldung bei Kai Jahns (Tel.: 0163/4454711 oder tolerantes\_eberswalde@web.de).

KAI JAHNS

[www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de)

# Vom Sprachunterricht bis zu Smartphones

Neues Programmheft der Kreisvolkshochschule liegt ab Juli im gesamten Landkreis aus

**Eberswalde (prest-bar). Das Angebot der Kreisvolkshochschule für das kommende Schuljahr ist vielfältig wie nie. Insgesamt 200 Seiten umfaßt das neue Programmheft. Ab Anfang Juli wird es im gesamten Landkreis verteilt.**

»Unser Ziel ist es, berufliche Entwicklungen zu unterstützen und jenen, die beruflich stark eingespannt sind, durch entspannende Gesundheits- oder Kreativangebote einen Ausgleich zur beruflichen Belastung anzubieten«, erklärt die Kreisvolkshochschulleiterin Dr. Christine Schäfer. »Wir haben wieder zahlreiche neue Trends und Ideen aufgegriffen, um für unsere Teilnehmer und Studierenden ein reichhaltiges und interessantes Angebot zusammenzustellen.«

Ein Schwerpunkt der Angebote der Kreisvolkshochschule liegt nach wie vor auf dem Thema Sprachen. Neben Deutsch, Englisch, Russisch, Französisch oder Spanisch finden Interessierte auch exotischere Sprachen wie Chinesisch, Norwegisch, Türkisch oder Ungarisch auf dem Lehrplan.

Daneben gibt es Angebote zu den eher berufsspezifischen Themenkomplexen wie Rhetorik, Bewerbung, Karriere, Management, Office- und Windowsanwendungen oder kaufmännische Zertifikatslehrgänge. Erweitert wurde auch der Bereich der handwerklichen und Kreativkurse, die vor allem bei Berufstätigen als Ausgleich zur beruflichen Belastung immer beliebter werden. In Kooperation mit der Handwerkskammer können dabei auch Zertifikate erworben werden.

Seit gut einem Jahrzehnt werden an der Kreisvolkshochschule Abschlüsse auf dem Zweiten Bildungsweg angeboten. Dazu zählen die Berufsbildungsreife (Abschluß der Jahrgangsstufe 9), die Fachoberschulreife (Abschluß der Jahrgangsstufe 10) und die Allgemeine Hochschulreife (Abitur, Abschluß der Jahrgangsstufe 13) »Das Angebot, Schulabschlüsse nachträglich zu erwerben, liegt uns besonders am Herzen. Ein Abschluszeugnis ist die beste Ausgangsbasis für die berufliche Entwicklung – dafür ist man nie zu alt«, ist sich Christine Schäfer sicher.

Ganz neu ist im kommenden Programmjahr die Kooperation mit der vhs.Universität – Vorlesungen renommierter Wissenschaftler werden dabei per Online-Schaltung live in die Räume der Eberswalder VHS übertragen. Großes Interesse werden sicher auch die Vortragsabende zur Entwicklung der Wolfspopulation in Brandenburg oder die Seniorenkurse für den Umgang mit Tablet-PCs oder Smartphone finden.

In das Programm aufgenommen, das in diesem Jahr im neuen Design des Landkreises Barnim erscheint, sind auch Informationen zum Medienzentrum und zur Fortbildungsakademie für Pädagogen.

Beide Einrichtungen begleiten die Entwicklung des Landkreises bei der medialen Ausstattung von Bildungseinrichtungen und bieten vor allem Lehrern ein umfassendes Qualifikations- und Serviceangebot im Bereich der Medienkompetenz.

Zu finden ist das Programmheft ab Anfang Juli in den Geschäftsstellen der Kreisvolkshochschule in Bernau (Jahnstraße 45) und Eberswalde (Fritz-Weineck-Straße 36) sowie in allen Sparkassen, Gemeindeverwaltungen, Bibliotheken und an vielen weiteren Orten des Landkreises.

Um mehr Teilnehmer zu erreichen, wird das Programm zudem in den Bussen der Barnimer Busgesellschaft beworben. Neu ist auch, daß die Kurse neben der schon viel genutzten Buchung über die Webseite [www.kvhsbarnim.de](http://www.kvhsbarnim.de) mit Smartphones über die offizielle App des Deutschen Volkshochschulverbandes gebucht werden können.

#### Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

#### Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow:

Derzeit ist Sommerpause im Tanzcafé. Aber schon am 2. September haben Tanzlustige wieder Gelegenheit, das Tanzbein zu schwingen. Dann steht wieder monatlich das Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow auf dem Programm. Weitere Termine sind am 7. Oktober und der 4. November. Beginn ist jeweils 14 Uhr.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## Impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon/fax:** (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Rudolf Behm,  
Jürgen Gramzow (5), Gerd Markmann (2)

**druckerrei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 26. Juni 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 7. August 2014.